

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mh. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Aufgang B und C. Auf 33819

Anzeigengebühr: Die doppelgespaltene Kleinzeile 1 Mh. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kaffierer: L. Geiß, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 8. November 1930

34. Jahrgang

Nummer 45

## DER 9. NOVEMBER

Und ward er tausendmal verflucht, der graue Nebeltag,  
Da neuen Weg ein Volk gesucht und seine Ketten brach;  
Und hat man auch das Fahmentuch, das hoch im Winde weht,  
Und jeden, der es vorwärtstrug, verläumdete und geschmäht;

Daß du noch hast ein Vaterland, das deine Sprache pflegt,  
Daß deine Mutter noch die Hand dir auf den Scheitel legt;  
Daß du nicht auch mit wundem Leib auf fremden Straßen gehst,  
Dem stumpfen Volk zum Zeitvertreib den Leierkasten drehst;

Daß nicht, wo deine Heimat lag, Ruinen heute drohn,  
Das alles dankst du jenem Tag, der deiner Opfer Lohn!  
Daß niemand ihn zu schmähen wag', halt dich zum Kampf bereit,  
Dann bleibt dir stets ein Ehrentag der Tag der neuen Zeit!

Erich Grisar.

Zum 12. Male erlebte heute das deutsche Volk den Jahrestag des Umsturzes in Deutschland, und so weit das Volk dem früheren Regierungssystem mit all seinen Begleiterscheinungen abhold war und heute noch ist, wird von ihm dieser Jahrestag als wichtiger Gedenktag entsprechend gefeiert. Die Gesamtarbeitsgemeinschaften sind sicherlich unter diesen Feiern.

Unter Feiern verstehen wir selbstverständlich nicht den herkömmlichen Sinn der ausgelassenen Freude mit Hallo und Trara; das überlassen wir den anderen, die nur mit Alibim sich eine Feier denken können. Gedenktage des schaffenden Volkes sind anders, sind ernster und erhabener; hinzukommt, daß für sehr viele unserer Zeitgenossen der Lebensausblick recht trübe ist, denn sie stehen außerhalb des schaffenden Rahmens, ihre Arbeitskraft liegt brach, sie vegetieren mehr als daß sie leben.

Dieser leidige und betrübliche Zustand wird nun seit ebensoviele Jahren, wie der Gedenktag des 9. November sich wiederholt, von den Anhängern des alten Systems benutzt, um den 9. November für alles, was wir als Volk seit 1918 ertragen und erleben haben, verantwortlich zu machen. Und wer von uns wollte etwa ableugnen, daß sie Erfolg damit haben? — Die nationalsozialistische politische Seuche, die sich seit der Wahl am 14. September in Deutschland breitmacht, ist der fragwürdige Erfolg! Für den denkenden Arbeiter freilich ist es klar, daß die „Stärke“ des Nationalsozialismus darin liegt, daß er recht demagogisch Ursache und Wirkung allgemein und besonders im Hinblick auf den 9. November verwechselt und dabei genug gedankenblinde Anhänger, Mitläufer und Förderer findet, die ihm glauben. Die Nationalsozialisten behaupten dreist und frech, daß der 9. November, der Tag des Zusammenbruches, die Ursache, die Wurzel allen wirtschaftlichen, politischen und schließlich persönlichen Übels in der Vergangenheit und Gegenwart sei, und wie bereits bemerkt: Leichtgläubige und Verzweifelte glauben es! Richtig gesehen ist aber der 9. November 1918 die Auswirkung des früheren kaiserlichen, obrigkeitstaatlichen Systems, das den Krieg und auch den revolutionären Zusammenbruch in sich barg. Es gehört wirklich nicht viel geistiger Grips dazu, um den logischen Zusammenhang von Ursache und Wirkung in dem von uns ange deuteten Sinne zu erfassen.

Der 9. November hat zweifellos freiere Luft in Deutschland geschaffen, die eigenartiger, egoistischerweise besonders von denen in Anspruch genommen wird, die den heutigen Staat auf das erbitterteste bekämpfen und sich in Schimpffreiheit und Gewalttätigkeiten wirklich etwas leisten. Unterm alten System wäre es denen, die jetzt in der Öffentlichkeit und in der Politik so maßlos herumrandalieren, verflucht dreckig gegangen, und unlogisch, wie ihre Lehren und Auffassungen nun einmal sind, loben sie sogar das alte vermoderte und in sich zusammengebrochene System über das Schellenhaus. An diesem Widerspruch wird unter anderem die nationalsozialistische Seuche sich selbst erledigen.

Das ist aber nicht von heute auf morgen zu erwarten, denn dazu fehlt im Gesamtvolk vorläufig noch die nötige Reife; gegenwärtig brandet und brodeln es weiter und der wirtschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft obliegt die ernste Auf-

gabe, den Fels abzugeben, an dem die Brandung, ohne Schaden anzurichten, ohnmächtig sich bricht. Je nachdem wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich gestalten, wird diese Aufgabe schwer und minder schwer sein. Aber sie wird erfüllt!

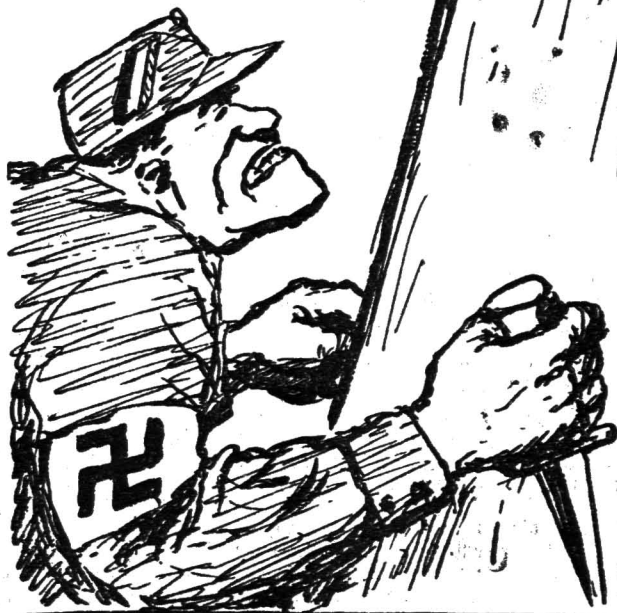
Der 9. November wird nach Überwindung der Wirtschaftskrise noch ein Tag werden, an dem man viel froher wie heute daran denkt, daß die alte Gewalt in die Brüche ging und durch die Arbeiterschaft der deutschen Freiheit eine Gasse gebahnt wurde, die im Laufe der Zeit immer noch breiter und weglamer durch die organisierte Arbeiterschaft gestaltet werden muß.

Der 9. November 1918 als Gedenktag der Freien im Volk ist zugleich ein Gelöbnis, seine Auswirkung auf das Staatsleben von Unberufenen nicht antasten zu lassen. Nur die Demokratie gibt den Boden ab, auf dem sich die Ideale der organisierten Arbeiter in Politik und Wirtschaft verwirklichen lassen! Deshalb ist uns der Tag, der in Deutschland mit den großen und kleinen selbstherrlichen Potentaten aufträumte, ein sehr wichtiger Gedenktag, den trotz der gegenwärtigen schlechten Lage festlich zu begehen die deutsche organisierte Arbeiterschaft ein geschichtliches, ja ein verbrieftes Recht hat.

Noch der 9. November 1918!



9. Nov.



Alth 10



# Die Standesehre des organisierten Arbeiters

Standesehre ist ein besonderer Begriff, der sich aus der mit der Staats- und Wirtschaftsentwicklung vollziehenden Gliederung der Bevölkerung in verschiedenen Berufsgruppen und Ständen herausgebildet hat. Nach den hierüber bis in die jüngste Zeit herrschenden Anschauungen war jedoch die Anerkennung einer Standesehre eine sehr begrenzte. Sie erstreckte sich auf die bestgestellten Volksschichten. So betrachtete man es als selbstverständlich, dem sogenannten Edelften und Besten der Nation, dem Adeligen, dem Offizier, dem Beamten, dem Kaufmann, dem Arzt usw. eine besondere Standesehre zuzuerkennen und sich den daraus ergebenden, mitunter recht absonderlichen Folgerungen zu unterwerfen. Die gleiche Anerkennung auch dem gewöhnlichen Arbeiter entgegenzubringen, erschien jedoch ausgeschlossen. Arbeiter- und Standesehre! Das klingt in bürgerlichen Ohren absurd und lächerlich, so daß es ernstlich gar nicht in Frage kommen konnte.

Die Sache war jedoch keineswegs lächerlich, sondern hatte ihre sehr ernste Seite, weil sich aus ihr im Gegensatz zu anderen Gesellschaftskreisen zum schweren Nachteil der Arbeiter recht eigenartige zivil- wie strafrechtliche Folgen ergaben. An Beispielen hierfür fehlt es nicht. Es braucht nur an den Kampf des Ärzteverbandes gegen die Krankenkassen erinnert zu werden, bei dem ersterer in rücksichtsloser Weise mit Ausschließen und Berufs-erklärungen gegen die Ärzte vorging, die sich seinen Forderungen nicht anschließen wollten. Geltend gemacht wurde für dieses Vorgehen, daß die Betroffenen durch ihr Verhalten die ärztliche Standesehre verletzten und sich als Verräter an ihren Standesgenossen gezeigt hätten. Und so schwer auch für die so in Berufserklärungen die Folgen waren, fand sich doch kein Staatsanwalt und kein Gericht zu ihrem Schutze bereit, einfach aus dem Grunde, weil in den juristischen Kreisen die Auffassungen über die zu wahrende Standesehre mit denen der Ärzte übereinstimmen.

Organisierten oder streikenden Arbeitern gegenüber Streikbrechern das Recht zu gleichem Vorgehen einzuräumen, dazu konnte man sich dagegen von jener Seite nicht aufschwingen. Wurde ein Streikbrecher oder unorganisierter Arbeiter von seinen organisierten Mitarbeitern nur schief angesehen, so war sofort der Tatbestand der Beleidigung gegeben und die Weigerung, mit ihm zusammen zu arbeiten, hatte in zahlreichen Fällen die Verurteilung wegen Nötigung und daneben eine Schadenersatzurteilung zur Folge. Der überbliebene Paragraph 152 der Gewerbeordnung bot hierfür die erforderliche Unterlage. Allenfalls scheute man sich auch nicht, in dem einen Verstoß mit Streikbrechern ablehnenden Verhalten der organisierten Arbeiter einen Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken. Das Ergebnis blieb dabei das gleiche. Die Berufung auf die für den Arbeiter lebensnotwendige und für die Gestaltung seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen erforderliche gegenseitige Solidarität sowie deren Verletzung durch den Unorganisierten oder Streikbrecher hatte keine Wirkung. Der Arbeiter hatte eben nach den bürgerlichen Anschauungen keine Berufs- oder Standesehre zu verteidigen, also mußte er im gegebenen Falle verdonnert werden.

Unter der Wirkung der aufstrebenden Gewerkschaftsbewegung und ihres Einflusses auf die Arbeitsrechtsprechung haben sich diese Anschauungen allmählich geändert. Man hat sich dazu verstehen müssen, die Solidarität der Arbeiter gegeneinander als berechtigtes Erfordernis der Zusammenarbeit in Betrieben anzuerkennen und auch dem Arbeiter eine Standesehre zuzubilligen, deren Verletzung er sich nicht ohne weiteres gefallen zu lassen braucht. Bezeichnend hierfür ist ein Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 21. Mai 1930 (RAG. 18/30), dem folgender Tatbestand zugrunde liegt.

Drei Arbeiter kündigten ihrem Arbeitgeber den Austritt aus dem Arbeitsverhältnis an, weil sie mit zwei früheren Streikbrechern, die deswegen aus der Organisation ausgeschlossen waren, nicht zusammen arbeiten wollten. Der Arbeitgeber zog es unter diesen Umständen vor, die Streikbrecher zu entlassen, weshalb diese gegen die betreffenden Arbeiter Klage auf Entlassung durch die Entlassung entlassenen Verdienstausfalls erhoben. Die Kläger stützten ihre Klage auf § 823 Abs. 2 und 826 BGB. sowie auf die Artikel 151, 157 und 163 der Reichsverfassung, hatten aber nur den Erfolg, daß sie vom Arbeitsgericht sowie vom Landes-arbeitsgericht abgewiesen wurden. Auch ihre Revision beim Reichsarbeitsgericht verfiel der Ablehnung.

Mit den Vorinstanzen erkannte letzteres dahin, daß die angezogenen Verfassungsvorschriften lediglich programmatischer Natur sind und keinen Schutz im Sinne des § 823 BGB. darstellen. An erkannt wurde dagegen, daß bei dem Verhalten der Arbeiter gegen über den beiden Streikbrechern § 826 BGB. in Betracht komme. Den Streikbrechern sei vorläufig Schaden zugefügt worden, das Verhalten der Arbeiter verstoße aber nicht gegen die guten Sitten. Es liege eine Verurteilung vor, die ihrer Art nach in den

heutigen Wirtschaftskämpfen an sich nicht unstatthaft oder sittenwidrig sei, sondern es erfordere gewisse Grenzen nicht eingehalten werden. Die Streikbrechereigenschaft der Kläger wurde als festgestellt angesehen. Im Hinblick hierauf sei den Beklagten nach den in ihren Berufskreisen herrschenden Anschauungen ein Zusammenarbeiten mit den Klägern nicht zugunsten gewesen. Wohl komme es nicht allein auf die Anschauungen der Berufs-genossen an. Es müssen vielmehr auch die allgemeinen sittlichen Anschauungen des ganzen Volkes beachtet werden. Mit diesen stehe es zwar nicht recht im Einklang, daß wegen sachlicher und persönlicher Eigenschaften der eine Teil jede Zusammenarbeit mit dem anderen innerhalb des nun einmal gegebenen Berufsverhältnisses ablehne. Möge auch in anderen Berufskreisen eine Unbuddsamkeit dieser Art sittlich mißbilligt werden, so sei doch auch auf die besonderen Verhältnisse in der heutigen Arbeiterbewegung Rücksicht zu nehmen. Geht es hier, so würden auch weitere unbedingte Kreise, die für ihren eigenen Kreis jene Unbuddsamkeit nicht mitmachen und nicht billigen, doch ihre Mißbilligung zurücktreten lassen müssen gegenüber dem Arbeiterstande, der auf die Zusammengehörigkeit („Solidarität“) seiner Angehörigen ganz besonders angewiesen ist und dieser Eigenschaft auch viele Errungen-schaften verdankt, zu denen er nur mit Kämpfen und Entbehrungen gelangte.

Mit diesen zweifellos vom Standpunkt der Arbeiter aus anzuerkennenden Feststellungen ist nicht gesagt, daß diese Entscheidung für alle Fälle maßgebend ist. Daß in dieser Richtung keine zu weitgehenden Schlüsse gezogen werden dürfen, wird an verschiedenen Stellen der Entscheidungsbegründung ausgeprochen. Als wesentliches Moment für die den Beklagten günstige Beurteilung ihres Verhaltens wird z. B. die zeitliche und räumliche Nähe des dem Streikfall vorausgegangenen Wirtschaftskampfes hervorgehoben. Ferner wird auf zwei Entscheidungen hingewiesen, wo Verurteilungen wegen Organisationszwang stattfanden, den das Reichsarbeitsgericht als der Reichsverfassung zuwiderlaufend bezeichnet. Außerdem wird bemerkt, daß geprüft wurde, was die Beklagten mit ihrem Vorgehen beabsichtigten. Hierüber führt die Entscheidung aus, daß es zu den anerkannten Säulen der Rechtsprechungslehre gehöre, daß die angeordnete Maßnahme nicht außer Verhältnis zu dem erstrebten Erfolg stehen dürfte. Wäre der Zweck der Beklagten nur der gewesen, die Kläger wegen des Streikbruchs gewissermaßen zu bestrafen oder sich an ihnen zu rächen, so hätte ihr Verhalten sicherlich als un-sittlich angesehen werden und eine Verurteilung nach sich ziehen müssen. Demgegenüber kommt jedoch die Entscheidung zu der Feststellung, daß der Beweggrund der Beklagten bei ihrem Verhalten nur darin bestand, daß sie es mit ihrer Standesehre nicht erträglich erachteten, mit den Klägern als Streikbrecher zusammen-zuarbeiten. In diesem Zusammenhange würde das Verhalten der Beklagten nur dann einen Verstoß gegen die guten Sitten dar-stellen, wenn ihr Tun geeignet gewesen wäre, die wirtschaftliche Existenz der Kläger zu vernichten oder erheblich zu gefährden. Eine solche Gefahr habe jedoch nicht vorgelegen, da es sich bei dem Ver-hältnis der drei Beklagten zu den zwei Streikbrechern nicht um einen übermäßigen Druck oder um die Ausnützung einer starken Machtposition gehandelt habe.

Diese Vorbehalte erfordern die Beachtung der Arbeiter und mahnen, in vorkommenden Fällen weitgehende Vorsicht nicht außer Acht zu lassen. Trotz dieser Einschränkungen ist aber die getroffene Entscheidung von erheblicher Bedeutung, weil sie die ablehnende Haltung der organisierten Arbeiter gegenüber parasitären Elementen, wie sie in den von den Unternehmern verhängelten Streikbrechern vorhanden sind, zutreffend rechtfertigt und auch den Arbeitern die ihnen solange abgesprochene Standesehre zu-erkennt.

## Die Kosten der Arbeitsdienstpflicht

Ein Führer der Wirtschaftspartei hat eine Berechnung über die Kosten der Arbeitsdienstpflicht aufgestellt, die sicherlich unge-wollt schlagend beweist, daß die Arbeitsdienstpflicht dem deutschen Volke teurer zu stehen kommt als die Erwerbslosenfürsorge. Er berechnet, daß der Arbeitsdienstpflichtige mit 60 Mark im Monat erhalten werden kann. Dazu kommen die Ausgaben für das Führerpersonal usw., die so aussehen: Rechnet man auf je hundert Dienstleistende drei beamtete Unterführer zu einem Durchschnitts-umfah von 3500 RM. im Jahr, so kosten die 13 500 Unterführer noch 25 Prozent Führerpersonal für die mittleren und oberen Ver-waltungsstellen, das sind 3375 Köpfe, einsezt, für die mit einem Durchschnittseinkommen von 5000 RM. gerechnet werden soll, so be-tragen die Gehaltskosten für das Gesamt-Führer- und Verwal-tungspersonal rund 64 Mill. RM. im Jahr. Wenn man weiter für die allgemeinen Geschäftsbedürfnisse 8 Mill. RM. jährlich ein-setzt und für Wohlfahrtspflege an Stelle der Krankenkassenbeiträge 3 RM. pro Kopf und Monat, so wird man die allgemeinen Ge-

schäftsbedürfnisse und die Wohlfahrtspflege mit rund 25 Mill. RM. decken können.

Angenommen, daß die Armee der Arbeitsdienstpflichtigen rund 450 000 Personen beträgt, dann ergibt die Berechnung einen Jahresaufwand von insgesamt 413 Millionen Mark. Bleibt die wichtige Frage der zur Unterbringung notwendigen Gebäude und deren Bewirtschaftungskosten. Der Reichstagsabgeordnete Sachjen-berg, Direktor der Zunterswerke, der diese Berechnung aufstellt, nimmt für die Gesamtbewirtschaftung rund 18 Millionen Mark pro Jahr an. Schmeigen wir über die Herstellungskosten der Gebäude. Insgesamt kostet die Unterhaltung, Verpflegung usw. 431 Mill. Mark pro Jahr, bei 450 000 Mann. Was kosten nun 450 000 arbeitslose Unterbringungsempfänger? Nach Angaben des Reichsarbeitsministeriums kostet ein Arbeiterlohn im Monat 70 M. Unterhaltungskosten, 6 Mark Krankenkassenbeiträge und 10 Mark Verwaltungskosten. Zusammen kosten 450 000 arbeitslose Haupt-untersuchungsempfänger rund 464 Mill. Mark jährlich, also nur 33 Mill. Mark mehr als die gleiche Zahl Arbeitsdienstpflichtiger. Dies zeigt aber voraus, daß die Berechnung Sachjenbergs stimmt, daß die Unterhaltung der Arbeitsdienstpflichtigen sich nicht erheb-lich teurer stellt, zumal Sachjenberg nur einen Verpflegungssatz von 1,60 Mark pro Mann und Tag berechnet. Die alte Armee vorausgabte 1,10 Mark für Verpflegung pro Kopf und Tag. Aber was Sachjenberg nicht berechnet, und was doch sehr wichtig ist: Von der Arbeitslosenunterstützung lebt in vielen Fällen eine ganze Familie, Frau, Mann und Kinder. Für diese will man das Geld nicht bewilligen, aber für die militärische Spielerei soll es da sein. Wenn man Reichstagsabgeordneter ist, muß man natürlich auch Politik treiben. So soll denn eine besondere Gruppe Arbeits-dienstpflichtiger „mit Rücksicht auf die großen nationalpolitischen Aufgaben“ an die deutschen Obergrenzen untergebracht werden. Das ist offenbar der ganze Zweck, für den die Arbeitsdienstpflicht ge-gründet werden soll.

## Neue Bücher und Zeitschriften

„Arbeitsvermittlung als Dienst am Menschen“, von Hermann Jülich, Direktor des Arbeitsamts Oberhausen. 2. Seit der Fortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter. Verlag Zentralverband der Angehörigen, Berlin SO 36, Oranienstraße 40/41. Preis für Mitglieder des ZbA. 60 Pfennig, für Nichtmitglieder 1,20 Mark.

Mit der Herausgabe der Fachfortbildungsschriften für das Personal der Arbeitsämter will der Zentralverband der Angehörigen die berufliche Bildung der Gruppe der Arbeitsamtsangehörigen praktisch durchführen. Mit 2. Seit ist von dem Praktiker Hermann Jülich „Die Arbeitsvermittlung als Dienst am Menschen“ erschienen. Nach einem kurzen historischen Überblick über die Entwicklung des Vermittlungswesens kommt Jülich auf die Behandlung des Arbeits-geldes, des Arbeitsverhältnisses zu sprechen. Für den Arbeitsvermittler bedeutet die Schrift ein wichtiges praktisches Hilfsmittel für seine Arbeit. Aber auch über den begrenzten Kreis der in der Arbeitsvermittlung Tätigen hinaus verdient die Schrift Beachtung.

August Ellinger: „Zehn Jahre Bauhüttenbewegung.“ 191 Seiten, Berlin 1930. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In Leinen gebunden 6 Mark, Ausgabe in Pappband 4,50 Mark. Ueber den Wert des gut organisierten Bauhüttenbewegungsunterrichts am besten das Inhaltsverzeichnis: 1. Aus den Anfängen der Bauhüttenbewegung. 2. Gründung des Verbandes sozialer Baubetriebe. 3. Aufbau und Ausbau der Bauhüttenorgani-sation. 4. Die Finanzierung der Bauhüttenbewegung. 5. Die vermittelnde Wir-kung der Bauhüttenbewegung. 6. Die sozialen Baubetriebe als Preisregler. 7. Die Arbeit-gebernachhilfe. 8. Der Kampf gegen die Bauhüttenbewegung. 9. Reinigung und Stärkung der Bauhüttenbewegung nach der Inflation. 10. Neuorgani-sation der Bauhüttenbewegung. 11. Nationalisierung der Bauhüttenbewegung. 12. Die Arbeitsbedingungen in den sozialen Baubetrieben. 13. Zusammenfassung der Bauhüttenbewegung. 14. Die Bauhüttenorganisation im Jahre 1929. 15. Gewerkschaftsorganisation und Bauhüttenbewegung — Ausblick, Anlagen.

Das Inhaltsverzeichnis hält durchaus, was es ankündigt. Dadurch wird die Schrift zu einem gut unterrichtenden Werk über die Bauhüttenbewegung. Zur Zeit selbst das gesamte Baugewerbe unter der außergewöhnlich schlechten Wirt-schaftslage, natürlich trifft diese Lage auch die Bauhüttenbewegung. Nach unserer Überzeugung wird trotzdem der weitere Aufstieg der genannten Bewegung und Organisation im 2. Jahrzehnt anhalten. Unsere Wünsche geben wir mit auf den Weg.

„Sozialdemokratischer Arbeitskalender für das Jahr 1931.“ Künftig erscheint im Herbst dieser Kalender, der sich der Arbeitskraft besonderer Beliebtheit er-zient, denn es ist ein Werk, das aus proletarischem Geist heraus geschaffen wurde und an Menge des interessanten Stoffes jeder „Konkurrenz“ die Spitze werden kann. Dieser Kalender mit seinen 768 Seiten bringt nicht nur die üblichen kalendrischen und astronomischen Notizen, er ist gleichzeitig eine Chronik der Arbeiterbewegung, weil er in kurzen, prägnanten Abschnitten den Stand unserer Partei, der Gewerkschaften und vieler anderer Organisationen auf Grund authentischer Mitteilungen verzeichnet. Der Kalender hat diesmal ein neues typographi-sches Gesicht bekommen. Besondere Sorgfalt wurde auch auf die Herstellung der farbigen Rückwand verwendet, um diesen Kalender auch zu einem schönen Wand-schmuck zu gestalten. Vom Verlag, der Vornamts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt, Berlin SW 68, kann der Kalender, den wir gern empfehlen, für zwei Mark bezogen werden.

„Die Gemeinde.“ Halbmonatsschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land. Verlag S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Bezugspreis monatlich 60 Pfg. Zu beziehen durch alle Postanstalten und Buchhandlungen oder direkt vom Verlag.

„Fremdenwelt.“ Halbmonatsschrift, Preis 40 Pfg., mit Schnittmusterbogen 50 Pfg. Verlag S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68. Bezielungen bei allen Post-anstalten und Buchhandlungen.

## Sterbende Industrie im Kylltal

In der 1. Beilage der bekannten „Trierischen Landes-zeitung“ vom 29. September 1930 steht ein sehr lehrreicher Artikel von Herrn Bürgermeister Baur, Kyllburg, über die untergehende Sandsteinindustrie in der Eifel. Wenn es auch ähnlich so wie in der Eifel in sämtlichen Sandsteinbezirken liegt, bringen wir den Artikel dennoch zum Abdruck. Ueber einige Worte bzw. Sätze muß man natürlich hinwegsehen, darauf kommt es ja auch weniger an. Hauptfrage für uns ist in der Abbildung die richtig geschätzte Ursache des Rückganges, und wichtig ist die Sachkunde, mit der es geschieht. Der Artikel-schreiber, also der Bürgermeister Baur, scheint der Sandstein-industrie sehr nahezu stehen. Zu wünschen ist nur, daß solche Dar-legungen ernsthafte Beachtung finden. Kyllburg ist eine kleine Gemeinde, zirka 1200 Einwohner zählt sie nur, aber in früheren Jahren war dort die Sandsteingewinnung und -bearbeitung vor-herrschend. Das ist nun anders geworden, wie in vielen anderen Gemeinden mit großen Sandsteinvorkommen, so in der Pfalz, im Mainland, im Elbtal, in Schleien und anderen bekannten Ge-bieten. Der Bürgermeister schreibt:

Ein alter und bedeutender Erwerbszweig im Kylltal, der in seiner Kunst Jahrhunderte hindurch bestand, die Zeit der roma-nischen Baukunst, der Gotik, Renaissance und des Barock erlebte und überlebte, sich danach bis in die letzten Vorkriegsjahre aus-dehnte zu einem Gewerbe, zu einer mächtigen Industrie, die Hun-derten von Arbeitern, Gelehrten und Meistern, zahlreichen Angestell-ten und Unternehmern lohnendsten Verdienst gegeben hat, ist ein Opfer der Neuzeit und der Notzeit geworden. Ein uralter Erwerbs-zweig stirbt.

Die ehemalige Eifeler Steinmekunst und spätere Sandsteinindustrie erstreckte sich über das Gebiet des Buntfandsteins an der Kyll, etwa von Oberbettingen im Kreise Daun kyllabwärts über Kyllburg und Corbel hinaus bis Trier, dann über das Sandsteingebiet der mittleren Rims und das an der Westgrenze des Kreises Wittburg, an der Prüm und Sauer (Trel, Bollendorf) bis hinein ins Luxemburger Land. Für das Kyll-sandsteingebiet waren Kyllburg für die mittlere, Corbel für die untere Kyll der wertvollste bzw. spätere industrielle Mittel-punkt.

Von den vielen Bauwerken, die in der ersten Blütezeit der Eifeler Sandsteinindustrie im engeren Bereich errichtet worden sind, seien hier nur erwähnt: das castrum Kilberg (um 800 n. Chr.), eine der ältesten Niederlassungen im Kylltal mit der später er-bauten Burg (1229) und der Stiftskirche mit Kapitelsaal und Kreuzgängen (1276 begonnen), das Kloster St. Thomas (1170) mit Kirche (1222—1225), Burg Malberg (alter Teil um 1000 n. Chr. nach vorausgegangener Zerstörung des Castrums neu aufgebaut) und Kloster Himmerod, dessen herrliche Barockkirche mit 38 Meter hoher Fassade 1750 fertiggestellt wurde. Auch der Wiederaufbau der Abtei Himmerod (1924 bis 1926) erfolgte in rotem Kyllburger Sandstein. All diese mächtigen und herrlichen Bauwerke, zu denen noch eine ganz große Zahl zu nennen zu weit führen würde, bergen rote und weiße Kyllsandsteinquader, äußere und innere Bildwerke vollendeter Steinmekunst, zeugen von dem hohen Stande der Kunst, der architektonischen Wirkung und zugleich von der Dauerhaftigkeit des Eifeler Sandsteinmaterials.

Mit dem Bau der durch das Kylltal führenden Eifelbahn von Trier bis Euskirchen (1873) nahm das Sandsteingewerbe an der

Kyll den Aufschwung zu einer bedeutenden Indus-trie. Wurden schon die Stationsgebäude der neuen Bahn in Kyllsandstein-Hauwerk, in einer für die damalige Zeit recht schönen und noch kostspieligen Ausführung, erbaut, so führte der neue Schienenstrang Tag für Tag Bausteine um Bausteine, Hausstein um Hausstein zu neuen Kirchen und Klöstern, Säulen und Kaminen, Regierungsgebäuden und Banken, Brücken (u. a. Traben-Trarbach), Schlössern und Villen hinaus in alle Teile des neuen Deutschland, selbst nach Berlin zum Bau des Reichstagsgebäudes.

An die 3000 und mehr Arbeiter und Steinmeken waren auf den zahlreichen Steinbrüchen und in den vielen Steinmekerwerkstätten beschäftigt, ver-dienten, was sie wollten. Und mit dem Steinmekergewerbe, der späteren Sandsteinindustrie, blühten alle heimischen Gewerbe, es floß das Geld! Nicht ahnend, daß die Blüte der Jahre nur so kurz bemessen sei, wurde die Regierung wiederholt angegangen, zur weiteren Ausbildung der Steinmeken und zur notwendigen und schnelleren Heranbildung von solchen gar eine Fachschule für Steinmekkunst in Kyllburg ins Leben zu rufen. Eine Zeit folgte dann leider dieser Blüte, die man wohl Kyll-zeit nennen darf, Baumerke und Bauformen erstanden mit Fassaden, Türfüßen, Fensterumrahmungen usw. aus Stampfbeton und Kunststein, Zementputz mit Spritzwerk oder Delfarbenanstrich, kurzum, eine Baumeiße, die, Neuartiges und Wertvolles vor-täuschend, doch nur geist- und stillos war. Ja, man ging in dieser vom Kyll befangenen Zeit sogar so weit, alte kunstvolle Fassaden, Tür- und Fensterstürze abzulagern und mit Zementputz zu be-kleiden.

Es folgte der Krieg, der ein vollständiges Erliegen der Bau-tätigkeit und der Baukunst mit sich brachte. Die Nachkriegszeit, eine Notzeit für Baugewerbe und Baukunst wie nie zuvor, brachte eine vereinfachte, verbilligte und jegliche alte Baukunst entbehrende Baumeiße. Ein Heer von Steinmeken, ein kunst-begabter Nachwuchs war beschäftigungslos geworden, sah sich, soweit es ging, nach anderer, wenn auch kunstentbehrender Arbeit um, und eine jahrhundertalte und bodenständige, in vererbtem Talent zur höchsten Blüte gekommene Bild- und Bauwerkunst ist kaum mehr; sie stirbt.

Der allmähliche Rückgang und der sich durch den Krieg und durch seine nachfolgenden Wirtschaftsnöte wider Erwarten schnell voll-zogene Untergang der Steinmekkunst, des Steingewerbes und der Steinindustrie an der Kyll vollzog sich nicht, ohne daß die Stein-vorkommen einer anderen Ausbeute, und zwar der Produktion von Schleifsteinen nutzbar zu machen versucht und nutzbar gemacht worden sind. Die Schleifereien im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, insbesondere die in und um Solingen, brauchten vor dem Kriege und erst recht während des Krieges, als die Mehr-zahl der Betriebe auf die Herstellung von Heeresbedarf und Heeres-gerät umgestellt und eingeteilt war, enorme Mengen Schleifsteine und Schleifmittel aller Körnungen und Härten. Wer einen Bruch aufmachte und fabrizierte, fand Absatz und Verdienst. Noch in der Nachkriegszeit, als in der Inflation die deutsche Industrie vollauf beschäftigt war und mit ihr dann auch die Schleifereien als Spezial- oder Afterindustrie flott zu tun hatten, als auch das Ausland wieder

Käufer deutscher und Eifeler Schleifsteine wurde, glaubte wohl niemand, daß diese Blüte von nur so kurzer Dauer sein konnte und sollte. Abgesehen davon, daß Umwandlungen in der Stahlherzeugung und Stahlwaren-Industrie Deutschlands u. a. an Körnung und Härte des Schleifmaterials spezielle Anforderungen gestellt haben, wodurch schon die Produkte einzelner Brüche weniger oder gar nicht mehr nachgefragt waren und daher einzelne Brüche stillgelegt wer-den mußten, abgesehen aber auch davon, daß Belgien und Tschecho-slowakei aus politischen, Rußland z. B. mit seiner ehemals bedeu-tenden Schlittschuh-Industrie als Großabnehmer von Schleifsteinen, ebenso dann auch Österreich aus wirtschaftlichen Gründen aus der Reihe der Abnehmer ganz oder zum Teil auswichen, konkurrierten andere deutsche Erzeugungszentren äußerst scharf mit der Eifeler Sandsteinindustrie durch günstigere Steinvorkommen oder Abba-uverhältnisse, durch niedrigere Produktionskosten, fruchtigere Lage und anderes mehr. Das Elsaß, in dessen Sandsteingebiet die Steinvorkommen und der Abbau derselben recht günstig sind, dessen Lohnverhältnisse zudem bei weitem unter den unfrigen stehen, soll heute, wie Berichte aus dem Solinger Bezirk belegen, seine Schleif-steine zoll- und frachtfrei billiger als die heimische Sandstein-industrie liefern können.

Zu alledem kommt der Umstand, daß die deutsche Schwerindustrie an sich daniederliegt und ungeachtet aus dessen, daß dadurch deren Eigenverbrauch an Schleifsteinen ein beschränkter ist, zieht diese Lage der Schwerindustrie einen ungeahnten Minderverbrauch an Schleifsteinen in der von dem Gang der Großindustrie abhängigen Werkzeugindustrie (z. B. Feilenschleifereien) nach sich. Nun auch gehofft und angenommen, daß diese, wenn auch schon allzulange an-haltende Erscheinung immerhin nur eine vorübergehende sein mag, so sind zwei Tatsachen als dauernde anzuprehen und für die zukünftige Beurteilung des Schleifsteinverbrauchs und damit für die heimische Produktion anzulegen.

1. Anhaltender Rückgang der Solinger Stahlwarenherzeugung durch vermehrte Erzeugung und scharfe Konkurrenz der französischen, belgischen, englischen und amerikanischen Stahlwarenindustrien, dauernd geschmälerte Lieferung von Heeresbedarf (z. B. Säbel und Seitengewehre), Verlust der deutschen Kolonien mit ungeheurem Bedarf an Äxten, Sägen, Büchsmessern, landwirtschaftlichen Ma-schinen, Waffen usw.

2. Zunehmende Herstellung künstlicher Schleifsteine in immer größeren Mengen und Dimensionen. Die Herstellung künstlicher Schleifsteine, die anfänglich in der ihr bereits gewordenen und noch werdenden Bedeutung unterzogen worden ist, bedarf hier kurzer Be-trachtung. Die ersten Versuche, durch Pressen von Schleifmitteln künstliche Schleifsteine herzustellen, mißlangen zunächst, gelangen dann später in verbesserter Fabrikationsverfahren, wenn auch erst für Steine von geringerem Durchmesser, während Steine mit größerem Durchmesser je nach der Zahl der im Gebrauch unter-worfenen Drehungen und der davon abhängigen Zentrifugalkraft auseinanderflogen. Wiederum wurde das Verfahren verbessert. An Stelle des Pressens trat das Gießen unter Beimischung besser bindender, zäher Masse, und heute stellt die Schleifmittelindustrie künstliche Schleifsteine in schon größeren Durchmessern und Stärken her. Daß diese künstliche Schleifmittelproduktion der hei-



## Eine wichtige Entscheidung für Staublungerkrankungen

In der Verordnung über die Ausdehnung der Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 sind bei den Staublungerkrankungen unter Ziffer 16a Betriebe der Sandsteingewinnung, -bearbeitung und -verarbeitung angegeben. Die Spruchbehörden nehmen in dieser Frage bekanntlich eine sehr engherzige Stellung ein und berufen sich bei Fällen, die nicht speziell auf den Sandstein zurückzuführen sind, auf den Wortlaut der Verordnung, der keine anderen Steinarten und Betriebe zulasse, so daß eine Reihe Erkrankungsfälle in Stein- und in der keramischen Industrie abgewiesen wurden. Deshalb ist die nachstehende Entscheidung, die aus Anlaß eines Streitfalles in einem Hüttenbetriebe entstanden ist, besonders bemerkenswert.

Der Senat für Berufskrankheiten hat damit eine Änderung getroffen, die auch unseren Verbandsmitgliedern, die Quarzgestein bearbeiten, zum Nutzen sein kann. Wir erinnern nur an die äußerst gefährliche Bearbeitung des Quarzgesteins in Schmelzen, die schwere Staublungerkrankungen hervorruft. Nach der Begründung des Senats handelt es sich um einen Arbeiter, der „von August 1926 bis Juni 1929 als Quarzsteinfräher in der Quarzitmühle gearbeitet hat, wobei er in einem geschlossenen Räume die Quarzsteine vom Steinbrecher zum Kollergang fahren mußte. Da nach den Feststellungen des Reichsversicherungsamtes Quarz ein Sedimentgestein wie der Sandstein ist und auch sonst dem Sandstein geologisch nahesteht, trug das Reichsversicherungsamt keine Bedenken, den Betrieb, in dem der Kläger von August 1926 bis Juni 1929 gearbeitet hat, als Betrieb der Sandsteinverarbeitung im Sinne von Nr. 16a der Anlage zur zweiten Verordnung über Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten vom 11. Februar 1929 (Reichsgesetzblatt I S. 27) anzusehen. Da ferner Quarz in hohem Maße Kieselsäure enthält und das Vorbringen des Klägers, er habe während seiner Tätigkeit viel Steinstaub einatmen müssen, glaubhaft erscheint, ist das Reichsversicherungsamt der Auffassung gewesen, daß die Staublungerkrankung durch diese Tätigkeit wesentlich verursacht worden ist.“

Die Untersuchungen von zwei Ärzten hatten festgestellt, daß die Staublungerkrankung des Klägers eine schwere ist. Die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes wurde deshalb mit der Betonung, daß die Entscheidung endgültig ist. Das Vorstehende ist, wie bereits bemerkt, auch für die in Frage kommenden Steinarbeiter sehr wichtig, weil auf den Betrieb und auf den engen Begriff „Sandstein“ keine Rücksicht genommen wurde.

**Sorau.** Am 12. 10. fand in Sorau (M.-Schl.) eine Bezirkskonferenz statt. Vertreten waren: Guben, Rottbus, Jülichau, Senftenberg, Sorau, Krossen und Jork. Tagesordnung: 1. Wirtschaftslage und unser Beruf. 2. Stellungnahme zu unserm Tarifvertrag. 3. Statut zur Wohlfahrtskasse. 4. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Nach der Begründung des Gauleiters Piefke wurde die Leitung gewährt: Kollege Breuer als Vorsitzender; Kollege Brunisch als Schriftführer. Kollege Piefke behandelte die Wirtschaftslage und gab einen gut zu verstehenden Überblick von 1924 bis 1930. Die Lage hat sich seit 1928 verschlechtert durch die Geldknappheit von Reich, Ländern und Kommunen. Da unser Beruf von den Behörden abhängig ist, müssen wir durch unsere Vertreter im Parlament versuchen, mehr Mittel für den Steinstraßenbau flüssig zu machen. Dann behandelte Piefke das Thema: Stein und Teer, sogenannte Kunststraßen. Das Ausland hat das größte kapitalistische Interesse an der Teerstraße. Die Beschäftigten der Straßen finden von Kommissionen statt, denen vielfach Jacke und Hut beigegeben werden. Unter anderem führte Piefke aus, daß heute in 8 Stunden mehr wie früher in 10 Stunden geleistet wird (Nationalisierung), und daß dieses zur Arbeitslosigkeit in unserem Beruf beiträgt. Zum Schluß seines Referats forderte Piefke auf, den Schülern der Unternehmer einen Wall entgegenzusetzen. In der anschließenden Diskussion waren alle mit dem Referat einverstanden. Kollege Sydow prangerte die Pflanzarbeit an und erklärte, daß einer den andern drückt, um sich beim Meister lieb und zu machen. (Grund:

mischen Fabrikation an kleinen Schleifsteinen fühlbaren Abbruch tut und die gelungene und zunehmende Fabrikation von größeren Kunststeinen den Naturstein vielleicht schon in absehbarer Zeit gänzlich verdrängen wird, ist leider Tatsache. Erwähnt sei dazu hier, daß z. B. ein Bruchbetrieb, der noch im vorigen Jahre an die 60 Waggons größerer Schleifsteine (Schleifwalzen) an ein Werk liefern konnte, in diesem Jahre infolge der künftigen Herstellung dieser Walzen keine 5 Waggons mehr geliefert hat. Waren in den letzten Jahren in den Steinbrüchen des Ryllburger Gebiets: Ryllburg, Walberg, Reidenbach, Walbergswitz, Niekem, Reichenbach und Balesfeld noch rund 500 bis 600 Arbeiter beschäftigt, so war im vorigen Jahre die Zahl auf etwa 150 bis 200, zu Ende August dieses Jahres auf etwa 30–40 Arbeiter gesunken. In den übrigen Sandsteingebieten des Kreises Bitburg und dem der unteren Kyll ist das Bild durchaus kein günstigeres, allüberall Betriebsstillegungen, Erwerbsnot, Einnahmeausfälle, Kapitalverluste, überall auf den Bahnhöfen, Densborn, St. Thomas, Ryllburg, Speicher, Dautenbach und Corbel Stapel unverkaufter Schleifsteine, allüberall stillgelegte, gährende Bruchbetriebe und Bruchlöcher... das Sterben einer einst bedeutenden Industrie.

„Was gedenkt die Regierung zu tun?“ wird die Frage sein, die der neue Reichstag zu so vielen Rufen der deutschen Wirtschaft jetzt in hundertfacher Wiederholung stellen wird. „Was gedenkt die Regierung in Anbetracht der äußerst verzweifeltsten Lage der Eisener Sandsteinindustrie zu tun?“ sei hier die Frage.

Es ist selbstverständlich, daß diese Lage, der drohende Untergang der Eisener Sandsteinindustrie seine vielfältigen Auswirkungen haben wird, selbstverständlich, daß mit ihr das gesamte, auf die Industrie eingestellte Gewerbe in Mitleidenschaft gezogen und vor die Existenzfrage gestellt sein wird, selbstverständlich auch, daß mit zunehmenden Ausfällen an Einnahmen (Bruchpächten) und Steuern (Gewerbesteuer- und Umsatzsteueranteilen) die Gemeinden gegenüber ganz gewaltig anwachsenden Soziallasten finanziell zugrunde gehen werden. Einzelne Gemeinden haben schon vor Jahren, den Vorgängen in der Sandsteinindustrie Rechnung tragend, kostspielige Rodungen zur Gewinnung von Ackerland und zur Ueberführung von Arbeitern in die Landwirtschaft durchgeführt, doch ging das verfügbare Rodungsland (z. B. in der Gemeinde Reidenbach 100 Morgen) nicht über die Größe des Ackerlandes hinaus, das die Industrie im Laufe der Jahre und Jahrzehnte zu Brücken und Schutthalben in Anspruch genommen hat. Die Gemeinde Walberg plant seit Jahren eine umfangreiche Rodung von Waldland zur landwirtschaftlichen Nutzung, doch ihre Kräfte ermöglichen bislang und ermöglichen auch fürderhin nicht die Finanzierung des Vorhabens. Jungen Arbeitern wurde abgeraten, sich auf heimatischer Scholle ein bescheidenes Wohnhaus zu bauen und geraten, sich für eine der von Reich und Staat geförderten landwirtschaftlichen Siedlungen im fernen deutschen Osten zu interessieren und zu bewerben. Ausblicke nach neuen Erwerbsmöglichkeiten trafen und treffen ins Leere. Und zu schwach ist die Kraft des einzelnen, zu schwach die Kraft der Gemeinden und des Kreises, hier eine Erwerbs- und Wirtschaftsnot größten Ausmaßes, dem Untergang einer der ältesten und bedeutendsten Industrie der Südeifel zu begegnen.

(Wirtschaftslage.) Kollege Koppert wünschte, mehr Aufmerksamkeit den Unorganisierten zuwenden. Piefke gab noch bekannt, daß in der Lausitz die Unternehmer vielfach die Lieferung der Steine haben, deshalb das schlechte Material. Auch müßte bei Kleinplätzen dem Unterpflaster mehr Beachtung geschenkt werden. Es stellte sich auch heraus, daß einzelne Kollegen wenig Interesse am Tarif haben, denn diese bieten sich an, billiger zu arbeiten. Beim Punkt „Tarifvertrag“ gab Kollege Piefke bekannt, daß die Unternehmer Abbau wollen. Wir dagegen wollen Erhöhung des Lohnes, was bei den jetzigen Preisen und Lebensbedingungen berechtigt ist. Die Lohnverhandlungen werden von den Unternehmern bewußt hinausgezögert. — Das Statut zur Wohlfahrtskasse wurde nach einigen Änderungen angenommen. Es wurden einige Fragen betreffs des Statuts gestellt, die vom Gauleiter beantwortet wurden. Unter „Gewerkschaftlichem und Verschiedenem“ wurde von verschiedenen Kollegen Klage geführt, daß vier Paulen täglich zu wenig sind. Auf Grund des Reichstarifvertrages können die alten Paulen beibehalten werden. Die Verhelfungszüchterei ist sehr groß. So in Krossen (Oder), wo ein Geselle mit elf Lehrlingen arbeitet. Zum Schluß der Konferenz fand noch eine rege politische Aussprache statt. Die Konferenz wurde vom Vorsitzenden, Kollegen Breuer, mit der Mahnung geschlossen, bei kommenden Wirtschaftskämpfen fest zusammenzuhalten.

## Verbandsstreue

Im Oktober konnten die in den unten genannten Zahlstellen aufgeführten Kollegen auf eine 25- und mehrjährige Mitgliedschaft zurückblicken. In

**Alteleben,** Karl Praybilla.  
**Baun,** Hermann Randig, Gustav Sebastian.  
**Bergeborn,** August Möller.  
**Eisenach,** Alwin Dehl, Max Volk.  
**Eberswalde,** Karl Marx.  
**Faulbach,** Oskar Dumig.  
**Hemsbach,** Adam Kobenhöfer.  
**Hof a. d. Saale,** Christoph Riebeck, Karl Kühnberger, Nikol Baumann, Max Kratz, Gottfried Ziegler, Hans Turbanisch.  
**Kirchberg i. Sa.,** Oswald Bedert.  
**Kiel,** Herm. Stoltenberg.  
**Königsbrunn,** Richard Berge.  
**Leipzig,** Christian Fuchs.  
**Lübeck,** Franz Jansen, Ludwig Schulz, Albin Tobias, Johann Oldenburg, Adolf Kowik, Joachim Wittenje, Adolf Engel, Heinrich Diedmann, Hans Tralau, Heinrich Schwerin, Franz Klinger, Fritz Reil, Wilhelm Zahnte, Fritz Wohlers, Asmus Ralf, Karl Niebold, August Schmidt, Wilhelm Winter, Johann Tralau, Otto Krohn, Gustav Klaffig, Ludw. Jürgens, Heinrich Jauch, Ludwig Hamann, Richard Schmied, Fritz Tietgen, Rudolf Wöberl, Ernst Schirmelster, Fritz Ahrens, Christian Tralau, Christoph Söllner, Joseph Straßer, Reinhold Böhl.  
**Meerane,** Oswald Meier, Alfred Riebel.  
**Münchberg II,** Konrad Ammon, Karl Bühl, Jakob Dürr, Gustav Krant, Franz Gähner, Georg Gischel, Robert Kühnlein, Peter Raftvogel, Joseph Meyer, Wolfgang Oppel, Johann Brottengeler, Heinrich Birkel, Georg Roth, Konrad Schiller, Karl Stör, Friedrich Vogt, Fritz Weidinger, Johann Peck.  
**Niedelburg,** Luis Rosenbaum.  
**Reichenbach (Odenwald),** Philipp Mint, Ludwig Bernhard II, Peter Seibert, Georg Essinger, Adam Bernhardt, Adam Kirchbaum.

Den genannten Verbandsmitgliedern nachträglich die besten Wünsche zu ihrem gewerkschaftlichen Ehrentage. Die Verbandsstreue der Jubilare möge unserem Nachwuchs ein Ansporn sein zum Nachstreuen.



**Aue.** Bezirkskonferenz. Am Sonntag, dem 5. Oktober. Vertreten waren die Zahlstellen Zwida, Reichenbach, Lauter und Annaberg als Gast. Tagesordnung: 1. Die Wirtschaftslage und unser Beruf. 2. Stellungnahme zum Tarifvertrag. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. — Nach der Begründung durch Gauleiter, Kollege Piefke, wurde als Vorsitzender Kollege Schreyer, Köhnhilf, und zum Schriftführer Kollege Hagert, Lauter, gewählt. In seinem Vortrag streifte Piefke die Finanz- und Wirtschaftslage im Hinblick auf unsern Beruf. In ausführlicher Weise behandelte er den Unterschied zwischen Stein- und Betonstraße. Der Vortrag klang aus mit der Mahnung an die Kollegen, an ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen festzuhalten. — Zu Punkt 2 erklärte Kollege Piefke, nach reichlicher Aussprache, daß der zum Ausdruck gebrachte Wille der Kollegen der richtige sei. Ein geschlossenes Zusammenhalten ist die Voraussetzung zum Tarifvertrag. Ein einmütig angenommener Antrag von der Filiale Zwida befragt, „Von der Organisation sind Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsamt zu pflegen, um die Steinseher mit in die Krisen-Unterstützung einzureihen.“ Im Laufe des Jahres wird noch eine Landeskonferenz abgehalten. Wo? und Zeit wird noch vom Gauleiter bekanntgegeben. — Kollege Schreyer, Köhnhilf, tritt dafür ein, die Landeskonferenz stärker zu besuchen wie bisher, um unsere Interessen besser wahr zu können. — Kollege Kahle und Trensch, Zwida, brachten zum Ausdruck, daß von der Gewerkschaft gestrebt wird, die Lehrlingszüchterei zu unterbinden. Kollege Piefke äußerte sich ebenfalls zur Lehrlingsfrage. Zum Schluß wurde gerügt, daß die Bezirkskonferenz nicht von Plauen besucht war. Nächste Bezirkskonferenz findet in Auerbach in Bogil. statt.

**Reichenbach i. Odenw.,** am 22. Oktober. Verbandsjubiläum. Am Sonntag, 19. Oktober, feierte unsere Zahlstelle ihr 25jähriges Bestehen (Gründungsstag 10. September 1905) durch eine imposante Feiher. Schon am 13. Uhr war eine stattliche Zahl von Verbandskollegen der benachbarten Bezirkszahlstellen eingetroffen. Um 14.15 Uhr bewegte sich ein von gutem kameradschaftlichen Geist getragener Festzug von Gewerkschaftskollegen, die aus nah und fern herbeigeeilt waren, unter Mitwirkung der Freien Sport- und Sängervereinigung Reichenbach und der Arbeitermusikvereinigung Bensheim unter klingendem Spiel durch die Ortstraßen nach dem Gasthaus zur Sonne. Dort angekommen, begrüßte der Vorsitzende, Kollege Peter Seibert, die Festteilnehmer. Anschließend wurde von dem Arbeiter-Gesangsverein das Begrüßungslied „Erlöse dich“ zum Vortrag gebracht, was allgemeinen Beifall auslöste. Seibert schilderte dann in seinen Ausführungen in großen Zügen die Entstehung unserer Zahlstelle, die unter schwierigen Verhältnissen im Kampf mit dem Unternehmertum im Jahre 1905 gegründet wurde. Auf die einzelnen Ausperrungen und Streiks besonders eingehend, kam er auch auf die Indifferenten zu sprechen mit dem Mahnruf, doch den Wert des Verbandes schätzen zu lernen und die Mitgliedschaft zu erwerben. Der Firma Grieshammer, Granitgeschäft in Beedenkirchen, die den in der Anfangsentwicklung der Zahlstelle um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen ringenden Kollegen stets ein sicherer Unterschlupf war, wurde bei dieser Gelegenheit besonderer Dank ausgesprochen. Auch den im Weltkrieg gefallenen Kollegen wurde ein Nachruf gewidmet. Der Bezirksleiter, Kollege Weidenhammer, Hemsbach, sprach dann über Organisation und Agitation sowie über Pflichten und Rechte der Kollegen und erinnerte an die geführten Lohnkämpfe und deren

Auswirkung bis zur Gegenwart. In seinen Worten brachte er mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter die herzlichsten Glückwünsche des Verbandsvorstandes zum Ausdruck. Herzliche Grüße und Glückwünsche übermittelten die Vorstehenden aus Bensheim, Heppenheim, Kirchhausen und Hemsbach. Kollege Moosmüller, Heppenheim, früher bei uns als ruhiges Mitglied tätig, schilderte dann noch einige wichtige Momente aus den Jahren der Gründung. Hierauf erfolgte die Uebergabe von Diplomen und Büchern durch den Bezirksleiter Weidenhammer im Auftrage des Verbandsvorstandes. Bedacht wurden die Kollegen Peter Seibert, Ludw. Bernhardt, Ad. Bernhardt, Ph. Mint, Ad. Kirchbaum und Georg Erdinger, sämtlich aus Reichenbach. Die Zwischenpausen wurden durch Gesang und Musik ausgefüllt, so daß anzunehmen ist, daß jeder Teilnehmer, sei es in ernster oder heiterer Stimmung, auf seine Rechnung gekommen ist. Einige vom kameradschaftlichen und kollegialen Geist getragene Stunden hielten die Kollegen bei Musik und Tanz bis 1 Uhr nachts zusammen. Diese würdige Feier unserer Kampforganisation und die Ehrung der Jubilare dürfte allen unorganisierten Arbeitern der Steinbranche Anlaß geben, die Mitgliedschaft des Verbandes zu erwerben. „Auf zur Tat, der Sturm, der naht!“

**Münchberg.** Am 19. Oktober hielt die Zahlstelle ihre Quartalsversammlung ab. Tagesordnung: 1. Berlesung des Protokolls, anschließend Kassenbericht 3. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Stellungnahme zur Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmer. 4. Verschiedenes. — Unter Punkt 1 war nichts zu beanstanden, den Kartellbericht gab Kollege Standfuss, der Bericht wurde ohne Diskussion entgegengenommen. Die Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmer war der wichtigste Teil der Versammlung; von der Diskussion wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Die einstimmige Meinung war: Unter keinen Umständen Lohnabbau. Folgende Resolution wurde beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, diese dem Verbandsvorstand zu übermitteln: „Die am 19. Oktober im Gewerkschaftshaus zu Münchberg gutbesuchte Versammlung, nimmt entrüstet Kenntnis von der Kündigung des Lohnabkommens durch die Unternehmer. Die Versammlung ist einstimmig der Auffassung, in einer Zeit, in der die Löhne im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten in keiner Weise übereinstimmen, jedes Ansehen der Unternehmer abzu lehnen.“ — Der Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ wurde eine Versammlung allein in Anspruch nehmen, weil da alles zur Sprache kommt, was den einzelnen bedrückt. Der Antrag auf Schluß der Versammlung, ergab die Mehrheit für den Antrag.

**Gau IV.** Nachdem die beiden Tarifkontrahenten im Steinsehergewerbe Mitteldeutschlands, einschließlich Gaubezirk X, den vom Landesarbeitsamt gefällten Schiedspruch angenommen, gelten die Streitigkeiten über den Abschluß eines Tarifvertrages als erledigt. Daß dieser Abschluß weder die Lohnkommission noch unsere Mitglieder zufriedengestellt, ging zur Genüge aus dem Bericht hervor, der in der Nummer 42 des „Steinarbeiters“ veröffentlicht wurde. Im Steinseherberuf dürften bisher kaum die Hälfte der Kollegen in Beschäftigung gestanden haben. Was das bedeutet, unter einem tariflosen Zustand, ist verständlich und braucht nicht weiter erörtert zu werden. Man kann ruhig zugeben, daß unsere Mitglieder nur zögernd ihre Zustimmung zum Abschluß des neuen Tarifvertrages gegeben haben, um so mehr, als dieser eine Anzahl Verschlechterungen enthält, die, soweit besonders die „Fünftagepausenfrage“ in Betracht kommt, gesundheitlich unbedingt Nachteile für uns im Gefolge hat. Dennoch haben unsere Mitglieder zugestimmt, weil ihnen, wenn sie nicht tariflos ins Jahr 1931 schlittern wollten, nichts weiter übrigblieb, als den Tarifvertrag anzuerkennen. Unsere „lieben Freunde“ von links haben nun diesen Tarifabschluß zu einer Demonstration benutzt, mit dem Ziel, durch einen Streik den Zentralverband der Steinarbeiter „kleinzukriegen“. Wenigstens hat der Führer des sogenannten „Verbandes der aus-geschlossenen Steinarbeiter“, Karl Pretsch (Halle), dieses Ziel in einer Versammlung zum besten gegeben. Diesem Führergente war bekannt, daß im ganzen Jahre 1930 tariflos gearbeitet wird, ohne daß es ihm eingefallen wäre, zum Angriff überzugehen und die Streikfahnen zu blasen. Nach Ansicht von Pretsch, die er in großer Aufmachung im „Klassenkampf“ zum besten gab, steht die ganze Tarifbewegung in Mitteldeutschland unter der Führung der RGO (Revolutionäre Gewerkschaftsopposition). Ausgerechnet nachdem bekannt wurde, daß der Zentralverband der Steinarbeiter einen Tarifvertrag neu abgeschlossen, rief Pretsch zum Streik auf. Aber beileibe nicht etwa im Reichsmagistat, sondern er streifte beiseidenweise nur bei einer Firma (Oskar Art in Halle). Zwei unserer Mitglieder, denen bekannt war, daß für sie ein Tarifvertrag neu abgeschlossen, lehnten sich nicht an den Streik auf und wurden nurmehr öffentlich als „Streikbrecher“ bekanntgegeben. Ja, angeblich sollte diese „Streikbrecher“ sogar der „Bonz und Sozial-faschist“ vermittelt haben, und der kriegte auch gleich seinen Klischee mit ab. Trotz vielem Geschrei vermochte aber der „kühne“ Heerführer Karl Pretsch noch nicht mal seine Heerführer auf die Beine zu bringen, sie verlagten trotz mehrfacher Aufforderung die Gefolgschaft und arbeiteten ruhig weiter. Das Endresultat? Nun, nach zwei Tagen Streik wurde dieser ergebnislos abgebrochen, außer wenn man das als ein Ergebnis verbucht, wenn mehrere der Streikenden nicht wieder eingestellt wurden. Anstatt sich nun wenigstens für diese gemäßigten Kollegen einzusetzen, überließ man diese ihrem Schicksal und ergab sich auf Gnade und Ungnade. Wir könnten nun mit einer gewissen Schadenfreude über diese Epilöbe hinweggehen, wenn die Auswirkung von Pretschens Falschentscheid nicht die ganze Arbeiterbewegung schädigen würde. Was dieser Pretsch angereicht, werden unsere Kollegen vielleicht zu einer späteren Zeit noch auskosten bekommen. Der Raum in der Zeitung reicht nicht aus, um die von Pretsch im Klassenkampf verzapften gemeinen Verleumdungen und Ausfährungen zum besten zu geben und an der Hand dieses Schmutzes in breiter Öffentlichkeit den Beweis anzutreten, wie es nicht gemacht werden darf. Aber eins soll dennoch als Beweis dienen, mit welcher Bescheidenheit die RGO Kämpfe führt. Im „Klassenkampf“ in Halle steht mit einer Balken-überschrift ein Artikel: „Die RGO führt den Stein-arbeiterkampf.“ Es handelt sich bei diesem „Kampf“ um eine Steinseherfirma Thielemann in Osmünde, die Ausschachtungsarbeiten mit einer größeren Anzahl von ungelerten Arbeitern ausführt. Nachdem ein Funktionär — selbstverständlich gibt es solche auch bei dieser Formation — der RGO die bei Thielemann beschäftigten Arbeiter in den Streik geführt, wurden die Bedingungen der Streikenden dem Thielemann bekanntgegeben, nämlich folgende: Schriftliche Anerkennung des Betriebsobmannes und jeberzeitige Verhandlung mit diesem; Zurücknahme von Beschimpfungen; Ablehnung von jebeder Affordarbeit; Solidaritäts-erklärung mit den Streikenden bei Art (Halle) und Ausdehnung der Kämpfe; Aufstellung von Kampfesforderungen für die gesamte mitteldeutsche Steinarbeiter-schaft; Aufstellung von Unterkunfts-räumen und sanitäre Einrichtungen; Bezahlung der Streiktag und Einhaltung des mit der Gemeinde Osmünde abgeschlossenen Ver-trages. Und nun höre und bestaune man den Erfolg dieser Aktion im Reichsmagistat: Der Streik wird nach eintägiger Dauer mit dem Ergebnis beendet, daß der Betriebsobmann von der Firma anerkannt wird. Ein solches Streikergebnis wird nun noch obendrein öffentlich bekanntgegeben, obwohl die Anerkennung eines Betriebsobmannes doch eine gescheiterte Selbstverständlichkeit ist. Kollegen, laßt euch von dieser Seite nicht betören, sondern weilt alle Versuche, euch von eurer alten und erprobten Organisation zu trennen, mit der größten Entschiedenheit zurück. Mit Phrasen und Schwindel kann der Arbeiter-schaft nicht gedient sein!



# Rundschau

**Verwendung inländischen Materials beim Straßenbau.** „Die Straße“ berichtet: Ein Eingekauf gab einem volksparteilichen Landtagsabgeordneten Veranlassung zu einer kleinen Anfrage, ob das Staatsministerium bereit sei, auf alle Selbstverwaltungsbehörden dahin einzuwirken, daß bei der Vergabe von Aufträgen grundsätzlich die Verwendung deutschen Materials vorgezogen werden. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der preussische Minister für Landwirtschaft, Domänen und Forsten auf diese und eine ähnliche Anfrage von der Deutschnationalen Volkspartei folgende Antwort erteilt: Die Spitzenverbände der Wegeunterhaltungspflichtigen sind darauf hingewiesen worden, daß die bevorzugte Verwendung inländischen Materials beim Straßenbau aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen erwünscht sei. Darüber hinaus ist für die aus der Osthilfe und Westhilfe unterstützten Bauten angeordnet worden, daß bei der Vergabe von Arbeiten und Lieferungen für derartige Bauvorhaben grundsätzlich darauf zu halten ist, daß inländische Baustoffe verwendet werden.

**Ein Film der Arbeiterbank.** Die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. hat einen Film herstellen lassen, der das Aufgabengebiet der Arbeiterbank einestils zeigt und zur Werbung neuer Spartunden dienen soll. Voran wird die Devise gestellt: Vereine Kraft Grobes schafft. Anfangs wird in Wort und Bild gezeigt, wie der Gedanke Vereinigung zersplitterter Kräfte zu einer gewaltigen Kulturbewegung anwuchs. Schließlich wurde die Arbeiterbank als wirtschaftliches Unternehmen und neue Waffe im Emanzipationskampf geboren. Die Entwicklung des Instituts in den wenigen Jahren seines Bestehens dürfte einzig dastehen. Die Einlagen im Jahre 1924 betrugen 9 Millionen, gegen 163 Millionen im vergangenen Jahre. Recht einträglich sind die Bilanzen, die da zeigen, welchen Zweck die Gelder der Arbeiterbank dienen. Besonders fallen die schönen Bauten der „Gehag“, Berlin, auf, die, wie viele andere, unter Mithilfe der Arbeiterbank gebaut wurden. Für die Erwerbung des Sparfusses und für die Konzentration der Spargelder in der Arbeiterbank wird in recht geschickter Weise Propaganda gemacht. Der Film dürfte seinen Zweck erfüllen. In den einführenden Worten des leitenden Direktors der Bank, Dr. Bachem, wurde darauf hingewiesen, daß die gegenwärtige Zeit die denkbar ungeeignetste sei, für das Sparen zu werden. Dennoch zeigen gerade solche Notzeiten, wie gut es ist, wenn jeder beizutreten für einen kleinen wirtschaftlichen Rückenhalt sorgt. Die Arbeiterbank ist heute entweder durch Filialen oder durch Zahlstellen in fast jeder größeren Stadt Deutschlands vertreten. Deshalb hat jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte die Möglichkeit, sein Geld dem eigenen Institut anzuvertrauen.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

### Veranstaltungen.

**In Schlawa (Pomm.) am 9. November** (die am 2. November fällige Versammlung mußte wegen der am gleichen Tage stattfindenden Bezirkskonferenz auf den 9. November verlegt werden).

**In Kolberg am 23. November** um 9 Uhr bei Gühlke, Stettiner Str.

\*

**Derliche Reisezuschuß wird nicht mehr gezahlt in Abterode.**

**Koslof.** Derliche Reiseunterstützung wird künftig nur den Kollegen gezahlt, die mindestens 26 volle Beiträge nachweisen, wenn unter 20 Jahre alt, und solchen, die mindestens 52 volle Beiträge nachweisen, wenn über 20 Jahre alt.

**Achtung! Steinseher und Berufsgenossen im Innungsbezirk Magdeburg.** Der Stichtag für das Jahr 1930 ist der 19. November. Die Auszahlung der Wohlfahrtsgelder erfolgt am 14. Dezember von 8 bis 16 Uhr, Magdeburg-Neustadt, Moritzstraße, Restaurant Amtsgericht. — Die Firmen sind durch Rundschreiben benachrichtigt, nach dem Stichtag unverzüglich die Bücher den Kollegen auszuhandigen. — Auszahlung erfolgt nur gegen Vorzeigung des Verbandsbuches; später eingehende Bücher nach dem Auszahlungstermin werden nicht berücksichtigt.

Der Obmann: Paul Schwarz, Magdeburg, Kirchstraße 16.

**Weihenstadt.** Die Auszahlung der Kranken- und Arbeitslosenunterstützung erfolgt nur am Sonnabend von 8 bis 9 Uhr vormittags. Wegen der hohen örtlichen Erwerbslosigkeit wird an durchreisende Kollegen keine örtliche Reiseunterstützung mehr geleistet.

**Gau IV.** Wohlfahrtseinrichtung im Steinsehergewerbe. Das Geschäftsjahr 1930 läuft mit dem 15. November 1930 ab und müssen von diesem Tage an bis spätestens 20. November sämtliche in Händen der Unternehmer befindlichen Wohlfahrtsmarktenbücher von unseren Kollegen zurückgefordert werden. Jeder ist selbst verpflichtet, sich zu überzeugen, ob für die eingezahlten Beiträge unternehmerseits auch die entsprechende Menge Marken gestellt ist. Die Wohlfahrtsbücher sind bei den Zahlstellenvorständen sofort abzugeben, die dann die eingezahlten Bücher an den in Frage kommenden Geschäftsführer der Wohlfahrtseinrichtung bis spätestens 25. November 1930 einzusenden haben. Die Auszahlung der Gelder dürfte Mitte Dezember vor sich gehen. Die einzelnen Bezirke werden das Weitere noch bekannt geben. Zu empfehlen ist, daß die Zahlstellenvorstände bei Einreichung der Bücher die genaue Adresse angeben, an wen die Gelder zur Verteilung gesandt werden sollen. Die Wohlfahrtsbücher sind von den Zahlstellenvorständen an die nachstehend aufgeführten Adressen einzusenden:

**Innungsbezirk Magdeburg:** Steinsehermeister Otto Benze, Magdeburg, St.-Michael-Straße 39;  
**Innungsbezirk Anhalt:** Steinsehermeister Carl Schmidt, Köglau (Anhalt), Goethestraße 14;  
**Innungsbezirk Braunschweig:** Steinsehermeister Albrecht Koch, Braunschweig, Wabellstraße 30;  
**Innungsbezirk Merseburg:** Sop. Wohlfahrtseinrichtung für das Steinsehergewerbe im Regierungsbezirk Merseburg (Mitteldeutscher Handwerkerbund) Halle a. d. S., Große Märkerstraße 13;  
**Innungsbezirk Halberstadt:** Steinsehermeister Joseph Darius, Ochtersleben a. Bode;  
**Innungsbezirk Gera:** Steinseherobermeister Emil Terp, Gera (Thüringen), Weinbergstraße 11;  
**Innungsbezirk Wittenberg:** Steinsehermeister A. Derksen, Wittenberg, Elbstraße 5;  
**Arbeitgeberverband für Thüringen und Reg.-Bezirk Erfurt:** Steinsehermeister Wilh. Becker, Mühlhausen in Thüringen;  
**Stadt Erfurt:** Herrn W. Stange, per Adresse Herrn Steinsehermeister H. Spieß, Erfurt, Rettelbecker 12;  
**Innungsbezirk Altmark:** Arbeitgeberverband der Altmark in Stendal, Bahnhofstraße 41.

\*

**Verlorene Mitgliedsausweise.** In Dornreichenbach das Verbandsbuch Nr. 70 774 für Paul Schamach, Schmied, und Nr. 100 618 für Alfred Gaillich. In Wachenbuchen Nr. 72 369 für Richard Hofmann, Steinseher. In Gera Nr. 18 804 für Karl Schmeißer, Steinseher. In Häslich Nr. 98 722 für Richard Stöp, Steinseher. In Liegnitz Nr. 112 313 für Bernhard Amlauf, Steinseher. In Niederlinda Nr. 10 777 für Alfred Lindner, Steinseher. In Magdeburg Nr. 84 909 für Theodor Schäfer, Kammer.

**Hier Lohnsenkung, dort Lohnhöhung.** Die deutschen Unternehmer führen einen Kampf um die Senkung der Löhne. In demselben Augenblick hat der amerikanische Großindustrielle Henry Ford den deutschen Arbeitern eine Erhöhung von 10 bis 20 Pf. je Stunde gewährt. Der größte Teil der deutschen Fordarbeiter verdient heute 2,50 M. pro Stunde. Der Durchschnittslohn der Berliner Metallarbeiter beträgt 1,12 M., mithin kaum die Hälfte des Lohnes, der von Ford seinen Arbeitern gewährt wird. Wie bekanntgegeben wird, sollen die Löhne der Fordarbeiter in der gesamten Welt erhöht werden. In Europa soll die Lohnhöhung 7 bis 12 Prozent betragen. Zu gleicher Zeit läßt Ford eine Preissenkung für seine Produkte eintreten. Nach einem Inserat in der Presse soll Ford bei seinem Besuch in Deutschland erklären: „Um der heutigen Wirtschaftslage in Deutschland Rechnung zu tragen, ist eine wesentliche Reduzierung der Preise geboten.“ So handelt ein Industrieller, der in der ganzen Welt riesige Erfolge zu verzeichnen hatte. Mit seinem System hat er es viel weiter gebracht als seine Kollegen in Deutschland. Diese haben sich von der Anschauung aus grauer Vorzeit, wonach der Arbeiter Schundlöhne verdienen mußte, noch nicht zu befreien vermocht.

## Der schwarze Tod

Zwei große Bergwerksglücke haben der gesamten Welt wieder Kenntnis gegeben von der Schwierigkeit und Gefahr drohenden Arbeit, die die Bergleute in den Kohlengruben zu leisten haben. Das Unglück im Aachener Revier bei Alsdorf hat bis jetzt nicht weniger als 263 Todesopfer verlangt. Die Opfer von Alsdorf waren noch nicht beerdigt, als bereits wiederum ein großes Unglück vom Saarrevier gemeldet wurde. Das Unglück auf der Grube Maybach bei Quirich im Saarrevier hat 100 Tote gefordert. Die ganze Welt hat an diesen furchtbaren Vorkommnissen Anteil genommen. Spenden werden übermittelt, Sammlungen veranstaltet, um die Hinterbliebenen wenigstens in der ersten Zeit über die drückendste Sorge hinwegzuhelfen. Doch was nützt alle Anteilnahme, was nützt Geldspenden, wenn dadurch nur eine momentane Not beseitigt wird. Viel wichtiger ist es, daß alles daran gesetzt wird, derartige Katastrophen unmöglich zu machen, oder doch wenigstens einzukreisen. Deshalb muß die gesamte Arbeiterschaft mit allem Nachdruck die Forderungen der Bergarbeiter nach weiterem Ausbau des Bergarbeitergesetzes unterstützen. Es ist eine Tatsache, daß die Technisierung der Kohlengewinnung das Arbeitstempo in den Gruben derart beschleunigt hat, daß nicht genügend Zeit vorhanden ist, die bergbaulichen Sicherheitsvorschriften genau zu beachten. Die Kohle steht gegenwärtig im Mittelpunkt eines rücksichtslosen Konkurrenzkampfes. Jedes Land versucht die verlorenen Absatzgebiete auf dem Weltmarkt wieder zu erlangen oder noch neue hinzugewinnen. Deshalb werden in den Ländern, die keine Kohle fördern, Kohlen zu äußerst niedrigen Preisen angeboten. Dies ist ein Zustand, der nicht in alle Ewigkeit so weiter gehen kann. Die Kohlenhändler müssen zu einer Verständigung gelangen, damit dieser rücksichtslose Konkurrenzkampf beseitigt wird. Die Bergarbeiter haben Anspruch auf einen höheren Schutz als die Industriearbeiter im allgemeinen. Ihre schwierige Arbeit macht dies zur Bedingung. Nur bei großen Katastrophen erinnert man sich der Pflicht, den Knappen beizustehen. Dabei sind Unglücke auf den Bergwerken an der Tagesordnung. Der schwarze Tod lauert ununterbrochen in den Gruben. Tausende fallen jährlich in den Bergwerken ihrer schweren Berufsarbeit zum Opfer. Und wenn sich die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter anseht, so sind sie als miserabel zu bezeichnen. Der Berichterstatter der „Wojtschen Zeitung“ hat anlässlich des Grubenunglücks im Saargebiet folgende Feststellungen gemacht:

„Geradezu erschütternd ist der Eindruck, den die Leichen machen, die nicht nur die Spuren furchtbaren letzten Kampfes, sondern die jahrelangen Entbehrungen bei schwerster körperlicher Arbeit tragen, Spuren, die man auch an den Knappen wahrnehmen kann, die gestern im Laufe des Tages über den Grubenhof gingen oder am Gittertor standen, das sich am Sonnabend ihren Kameraden öffnete, und durch das sie nicht wieder zurückkehren werden. Es ist keine Übertreibung, wenn man hier davon redet, daß die schwere in tägliche Lebensgefahr führende Arbeit der Bergleute kaum das Dringendste zum nackten Leben abwirft. Mir haben Familienväter, die für eine fünf- und auch für eine achtköpfige Familie zu sorgen haben, ausgerechnet, daß sie nach Abzug aller Steuern, Abgaben, Transportkosten zur Arbeitsstelle am Monatsende knapp 500 bis 600 Frank, das sind 80 bis 100 Mark, heimbringen. Sie aber zahlen mit ihrer Kraft und, wie Alsdorf und Maybach lehren, oft genug mit ihrem Leben.“

Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in anderen Bergbaugebieten. Es muß in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß die Bergbauunternehmer in der nächsten Zeit beabsichtigen, die Löhne der Bergarbeiter zu kürzen. Von den fargen Verdiensten soll also noch etwas abgezogen werden. Es muß mit allen Mitteln abgewehrt werden, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bergarbeiter verschlechtert werden sollen. Nicht eine Verschlechterung, sondern eine Aufbesserung der Verdienste ist notwendig. Darüber hinaus muß der Bergarbeiterlohn so ausgebaut werden, daß alles menschensmögliche geschieht, um solche Katastrophen einzudämmen. Das mörderische Arbeitstempo darf nicht mehr die Ursache sein, daß die Bergarbeiter den bereits vorhandenen Arbeiterschutz außer acht lassen. Das sind Forderungen, die den Bergarbeitern nicht allein angehen, sondern von der gesamten Arbeiterschaft erhoben und verteidigt werden müssen.

**Die nationalsozialistische These von der Revolution.** Herr Hitler hat die nationalsozialistische Auffassung über das Wesen der Revolution in einem Gespräch mit Dr. Otto Straßer am 1. Juli d. J. folgendermaßen umrissen (wir zitieren wörtlich):

„Es gibt überhaupt keine anderen Revolutionen als rassistische; es gibt keine wirtschaftliche, keine politische, keine gesellschaftliche Revolution, sondern es gibt immer nur den Kampf der niederrassischen Unterjochten (das ist das Proletariat) gegen die herrschende höhere Rasse (das sind die Unternehmer, die Großkapitalisten usw.). Und wenn diese höhere Rasse eben ihr Geschick (?) vergessen hat, dann verliert sie den Kampf. Alle Revolutionen der Weltgeschichte — und ich habe sie ausführlich studiert (!) — sind nichts anderes als Rassenkämpfe. Gerade bei der sogenannten indischen Freiheitsbewegung ist es offensichtlich, daß es sich um eine Rebellion der niederen indischen Rasse gegen die hochwertige englisch-nordische Rasse handelt. Die nordische Rasse hat ein Recht darauf, die Welt zu beherrschen; wir müssen dieses Recht der Rasse zum Vortritt unserer Außenpolitik machen.“

Es gibt von jetzt an also zwei verschiedene „Rassen“ in Deutschland; die hochwertige Rasse der Bourgeoisie und der Großbourgeoisie und die niederwertige Rasse des Proletariats; letztere wird nur deshalb — und zwar „von Rechts wegen“! — von dem Unternehmertum ausgebeutet, eben weil sie niederrassig ist. — Diesen Schluß zieht Hitler selbst, wenn er folgendermaßen fortfährt:

„Die große Masse der Arbeiter will nichts anderes als Brot und Spiele, die hat kein Verständnis für irgendwelche Ideale. Wir werden nie (endlich sieht er es selbst ein!) damit rechnen können, die Arbeiter in erheblichem Maße zu gewinnen. Wir wollen eine Auswahl der neuen Herrschaft, die nicht von irgendeiner Mittelsmoral getrieben wird, sondern die sich darüber klar ist, daß sie auf Grund ihrer besseren Rasse das Recht hat, zu herrschen, und die diese Herrschaft über die breite Masse rücksichtslos aufrecht erhält und sichert.“

Ein Verdienst hat Herr Hitler sich erworben: die letzten Zweifel über das Wesen des Nationalsozialismus sind behoben!

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

**Gau IV und X (Gruppe Straßenbau).** Der im Tarifstreit für das Steinsehergewerbe Mitteldeutschlands gefällte Schiedsspruch wurde von beiden Parteien angenommen und hat mit Wirkung ab 17. Oktober 1930 Rechtskraft erlangt. Zunächst allerdings nur für die Arbeitgeber und Arbeitnehmer, soweit sie Mitglieder der beiden Tariforganisationen sind. Der Wortlaut des Schiedsspruches befindet sich in Händen sämtlicher Zahlstellenvorstände und wird nach Neudruck allen in Frage kommenden Mitgliedern zugänglich gemacht.

\*

**In Eisenach** ist die Sperre über das Granitwerk der Firma Walter Conradus aufgehoben.

\*

**Frankreich.** Der Steinarbeiterstreik in der Bretagne dauert unvermindert an. — Vom Arbeitsamt Rehl a. Rh. wird uns mitgeteilt, daß von deutschen Steinarbeitern Anmeldungen zur Arbeitsaufnahme im Streikgebiet vorliegen. Eine Vermittlung nach dort durch das betreffende Arbeitsamt erfolgt jedoch erst nach Beendigung des Streiks! Diese Vermittlung dauert bis zu 8 Wochen. — Kein deutscher Kollege darf während des Kampfes Arbeit nach dort annehmen.

\*

**Im Auslande** darf die gewerkschaftliche Organisation und die Mitarbeit in ihr nicht vernachlässigt werden. Wer es unterläßt, sich im Auslande bei der betreffenden Organisation anzumelden, verliert selbstverständlich seine Rechte bei evtl. Rückkehr im heimatischen Verband. Nachzahlungen von Beiträgen in der Heimat, die im Auslande hätten geleistet werden müssen, sind unzulässig.

\*

**Zur Beachtung:** Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

## Adressenänderungen

2. Gau: Lübben. Vorf. u. Kass.: Paul Gensch, Siedlung Trübschel, Haus 1.
4. Gau: Riebenwerda. Kass.: Willi Lehmann, Rörba, Post Lebusa (Provinz Sachsen).

## Briefkasten

**Mitglied.** Verlag der Steinseher-Zwangsinnung zu Berlin. Das betreffende Lehrbuch kann durch unseren Verbandsvorstand bezogen werden. Preis 4,50 Mark. Haben ein solches an Deine Adresse gesandt. Der Betrag ist möglichst bald einzuzahlen.

## Anzeigen

### Charlottenburg

**Monatsversammlung am 8. November 1930, um 19 Uhr,** bei Otto Röhrig, Charlottenburg, Schloßstraße 45. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz vom 14. 10. 30. (Kündigung des Tarifvertrages.) 2. Wohlfahrtseinrichtung. 3. Gewerkschaftliches. 4. Verschiedenes. Erscheinen jedes Kollegen ist Pflicht. Die Ortsverwaltung. I. A.: Bruno Stubbenhagen.

### Achtung! Zahlstelle Groß-Berlin

**Montag, 10. November, pünktlich um 18 Uhr,** im großen Saale des Gewerkschaftshauses die fällige Vierteljahresversammlung für alle der Zahlstelle Groß-Berlin angeschlossenen Berufsgruppen. Tagesordnung: 1. Vortrag über Volksfürsorge. 2. Bericht vom 3. Quartal 1930. Bericht über die getroffenen Maßnahmen zur Behebung der Erwerbslosigkeit. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Regen Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung. I. A.: Gustav Nitsche.

### Berlin Auszahlung der Invalidenunterstützung.

Die Auszahlung der Invalidenunterstützung erfolgt am **Freitag, 14. November**, in der Zeit von 9 bis 13 Uhr und von 15 bis 18 Uhr. Die Ortsverwaltung. I. A.: O. Martens.

### Zahlstelle Köpenick

Nächste Versammlung am **Sonntag, 16. November, um 10 Uhr**, in Köpenick, Berliner Str. 19, Restaurant Waldow. In der Versammlung werden die Wohlfahrtskarten für den Bezirk Köpenick abgenommen. I. A.: R. Krahle.

### Potsdam

**Mitgliederversammlung am 16. November, um 10 Uhr** im Volkshaus, Zimmer 4. Tagesordnung: 1. Bericht von der Bezirkskonferenz. 2. Arbeitsbeschaffung. Dort werden die Wohlfahrtskarten abgenommen und neue ausgehändigt. Die Ortsverwaltung. I. A.: O. Wegener.

### Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, **Rammen, Brechstangen** und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefern auch nach außerhalb **Otto Teske, Berlin N 31** Brunnenstraße 82

**Steinarbeiterhosen** aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 13.— Mk., aus II-Drahtleder 9.— und 6.50 Mk., **Mauersocken** 1.20 Mk. **Echt Lindner-Manchesterhosen** Qual. I 17.—, II 13.—, III 11.— Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus, Preisliste u. Muster gratis. **Emil Hohlfeldt, Dresden 6, Ritterstr. 2** die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

## Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

In Berlin am 5. Oktober der Steinschläger Otto Herforth, 56 Jahre alt, 4 1/2 Jahre krank, Lungentuberkulose.

In Ströbel am 27. Oktober der Brecher Johann Barth, 57 Jahre alt, 22 Monate lungenkrank.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold. Verlag Ernst Wiedner, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.



## „Die Wertszeitung als Notwendigkeit“

Die Zeitschrift der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände „Der Arbeitgeber“ schreibt in ihrer Nummer vom 1. Juni 1930 über „Die Wertszeitung als Notwendigkeit“. Dieser Aufsatz beweist wieder einmal, wie wichtig die Unternehmerrschaft die Wertszeitungssache nimmt. Es wird übrigens auch offen heraus gesagt: Wenn aber von den Unternehmern etwas als bedeutungsvoll angesehen wird, muß sich auch die Arbeiterschaft mit dieser Sache befassen. Das wird um so mehr der Fall sein müssen, wenn es sich darum handelt, die Denkrichtung der Arbeiter zu beeinflussen, selbstverständlich im unternehmerrschlichen Sinne. Die Unternehmerrschaft hat die Wahrheit des Schiller'schen Satzes erkannt: „Es ist der Geist, der sich den Körper baut.“ Sie will den Geist der Arbeiter großkapitalistisch einfließen, damit die profitstreberische private Einzel- oder Monopolwirtschaft sich weiter zum Schaden der Beschäftigten behaupten kann.

Die Unternehmerrschaft hat übrigens in unserer Zeit und in unserem neuen deutschen Staate keine anderen Mittel mehr zur Bekämpfung der Arbeiterforderungen als die geistigen. Früher wurden häufig Mittel roher Gewalt im Kampfe gegen die staatsbürgerlichen, sozialen und kulturellen Aufstiegsbestrebungen der Arbeiter angewendet. Man gab sich kaum die Mühe, das zu verhindern. Heute kämpfen die Unternehmer zwar auch noch mit diesen Waffen, aber doch bedeutend seltener und stets unter irgendeinem Deckmantel, der nach außen hin täuschen soll und es auch in der Regel weitgehend tut. Ganz ähnlich ist es, wenn die Unternehmerrschaft wirtschaftliche Bestrebungen der Öffentlichkeit gegenüber zu vertreten und zu rechtfertigen sucht. Auch dann werden die Dinge kaum jemals offen und frei beim rechten Namen genannt. Eng sind dann wieder die Verbindungen und Abhängigkeiten, die zwischen Wirtschaft und Kultur bestehen, meistens nicht gerade zum Vorteil der Kultur. Alle diese Aufgabenbereiche wollen auch die Wertszeitungen bearbeiten; ihre Beeinflussungsmöglichkeiten sind vielseitig und groß.

Wenn der Leiter des Deutschen Instituts für technische Arbeitsbildung in Düsseldorf, Oberingenieur Arnold, eine für die Unternehmerrschaft sehr wertvolle leitende Kraft in der Wertszeitungssache, die fortschreitende Arbeitsteilung und Mechanisierung der Arbeitsvorgänge als die Ursache der Wertszeitungsgründungen bezeichnet, so paßt das ganz zu der Art und Weise, wie die Unternehmer ihre Bestrebungen zu vertreten pflegen: der Blick der Öffentlichkeit und im besonderen der Arbeiter wird abgelenkt von den tatsächlichen, die von niemandem bestritten oder angezweifelt werden. Und damit ist schon von vornherein viel erreicht. Die Ausführungen, die an solche Tatsachen anknüpfen, leiten dann meistens unbemerkt in eine Richtung, wo der von der naturgemässen Entwicklung bedrohte Kapitalismus sich noch sicher fühlt. Die Wertszeitungen sind die neuesten Kampfmittel des Kapitalismus gegen Ideen, die mit gewaltiger Triebkraft in die neue Zeit hineindrängen. Auch diese Mittel werden die Gedanken des gerechten sozialen Ausgleichs und der vernünftigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Menschen nicht töten können; denn sie wurzeln tief im Sittlichen, das alles entwicklungsfähige Leben trägt. Aber noch niemals sind sittlich begründete Fortschrittsgedanken ohne Kampf Tat geworden. Das müssen sich die Arbeiter immer wieder vor Augen halten.

Kampf ist bald Abwehr, bald Angriff. In der Wertszeitungssache ist es vorwiegend Abwehr, ein Einschutten der gefährdeten Menschen. Die Abwehr besteht darin, daß das wahre Wesen der Wertszeitungen enthüllt und frei und offen gezeigt wird. Die Wertszeitungen verlieren das Gefährliche, das sie für die Arbeiterschaft und ihre berechtigten Bestrebungen haben, in dem Augenblick, wo ihre Täuschungs- und Ablenkungsart von denen erkannt wird, die in ihrem Denken und Wollen beeinflusst werden sollen. Darum muß die Arbeiterpresse sich notgedrungen immer wieder mit dieser Sache beschäftigen, obgleich es angenehmer ist, angreifend für große Zeitideen zu kämpfen, als abwehrend. Den Befreiungs- und Aufstiegsbestrebungen der Arbeiterschaft liegen die größten Ideen der Gegenwart zugrunde. Das werden auch Wertszeitungen nicht vertuschen können.

Obgleich die sogenannte Wirtschaft seit Jahren in allen möglichen Tonarten über ihre Nöte und Schwierigkeiten klagt, oft in falschen Tonarten, hat sie doch fortgesetzt große Mittel für das Wertszeitungswesen aufbringen können und für vieles andere auch, was ähnliches bezwecken soll, wie die Arbeit der Blätter der Werte oder auch ganzer Wertsgebiete. Die Wirtschaft pflegt kein Geld für „unproduktive“ Zwecke, in ihrem gewinnstreberischen Sinne unproduktive Zwecke, auszugeben. Es sei bei dieser Gelegenheit darauf hingewiesen, daß die öffentliche deutsche Presse, besonders auch die Tagespresse, seit Kriegsende fortgesetzt äußerst starken und rücksichtslosen Beeinflussungsbestrebungen der Wirtschaft ausgesetzt ist. Die Wirtschaft kennt die Macht der Presse und ist gewillt, sie nach jeder Richtung hin voll und ganz zu ihrem Vorteil auszunutzen. Wer heute eine Zeitung in die Hand nimmt, frage sich: „Sagt das Schild, das die Zeitung aushängt, die Wahrheit?“ Oder: „Was kann die Zeitung unfrei machen, nach welcher Seite hin bestehen Abhängigkeitsmöglichkeiten?“ Alle sogenannten bürgerlichen Blätter sind unfrei, und alle sind sie wirtschaftlich beeinflusst, wenn sie es auch verneinen, sogar mit ehrlicher Uebertreibung verneinen. Ein sehr großer Teil der Arbeiterschaft erhält Tag für Tag eine Zeitungskost gereicht, die einen einfließenden Geschmack hat, wenn nicht schlimmeres. Wenn man eine Erklärung dafür sucht, daß noch nicht einmal die Hälfte der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert ist, darf man nicht am Pressewesen vorbeigehen. Das alles erhöht die Gefahr der Wertszeitungen; denn die „unabhängige“, „unpolitische“ und auch ein großer Teil der politischen Tagespresse bereitet in mancher Hinsicht den Boden vor, auf dem die Wertszeitungsstaat wachsen kann.

Das Organ der Arbeitgeberverbände sagt in dem Aufsatz über die Notwendigkeit der Wertszeitungen: „Im Interesse des Werkes sollte nichts Trennendes, sondern nur Verbindendes innerhalb des Betriebes sein... Weit mehr als irgendwelche andere Einflüsse vermag die Wertszeitung zur Erziehung der Arbeiter beizutragen. Sie kann sie innerlich verbinden und verknüpfen mit den Faktoren der Produktion und Verteilung, von Markt- und Marktentwicklung, von Absatz und Absatzregulierung, von Industriebetriebskunde und Rationalproduktion. In jedem Wertszeitungsangehörigen soll die Wertszeitung Liebe zur Arbeit, Liebe zum Werk und Liebe zum wirtschaftlichen Erfolg wecken. Zweifellos ist dies eine große und schwere Aufgabe, wenn sie jedoch erreicht und gelöst wird, dann bedeutet dies, wenigstens innerhalb des Werkes, eine fühlbare Abwägung der Klassengegensätze und wäre damit wirkliche und wahre Sozialpolitik, da deren unmittelbares Ziel ja die Bekämpfung der Klassengegensätze ist.“

Die Wertszeitungen verbinden die Arbeiter nicht, sie trennen sie, denn der eigenwillige, selbstbewusste, innerlich selbständige Arbeiter sucht sich seine Geisteskost selbst aus. Er läßt sich nicht vom Unternehmer reichern. Und wenn er Rat braucht, wendet er sich an seine Gewerkschaft. Er verachtet die, die sich jeden Selbststoff in die Hand stoßen lassen, die gewerkschaftlich stumpf und gleichgültig

sind oder, wenn besserwissend, aus Bequemlichkeit oder Selbstsucht andere für sich kämpfen und Opfer bringen lassen. Wo verbunden werden soll, muß vor allem zunächst Vertrauen und Achtung hergestellt werden. Und nichts verbindet fester als gemeinsame Ziele des sittlichen Fortschritts.

Wenn aber die Arbeiterschaft über Produktion und Markt, Betriebskunde und Rationalisierungswissenschaft unterrichtet werden soll, dann kann das, so wünschenswert es an sich wäre, wieder nicht durch Wertszeitungen geschehen. Alle Wissenschaft erhält dadurch ihren grundlegenden Wert, daß sie voraussetzungslos, objektiv, vollständig unbeflüßbar, frei ist. Es gibt kaum etwas, wonach die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft ernster verlangt als nach möglichst zuverlässigem, gründlichem Wissen von Wirtschaft und Leben und nach tieferem Verstehen dessen, was sie täglich leistet und was damit im engeren und weiteren zusammenhängt. Sie weiß, daß die Arbeits- und Berufsruhe Wissen und Verstehen voraussetzt. Und freuen möchte sich schon der Arbeiter bei seiner Tätigkeit. Er ist durchaus nicht der Ansicht, daß Berufsarbeit immer schwere Bürde und Last bleiben muß und daß sie Angehörige der Masse nur kümmerlich nähren kann. Er glaubt vielmehr, daß es auf dem Felde der Arbeit ganz anders aussehen könnte, wenn die Errungenschaften der Wissenschaft und Technik in anderer Weise als es geschieht angewendet und ausgenutzt würden.

Man rede doch sodann auch nicht fortgesetzt in dem Sinne von Klassengegensätzen, als ob sie persönlicher Art wären. Es geht um Ideen, um Lebensauffassungen und Lebensziele von umfassender und tiefgründigster Bedeutung. Wenn auch die Unternehmerrschaft nur noch Ideen hätte, die sich begründen ließen, dann könnte man sich gegenseitig ausprechen und vielleicht verständigen. Aber sie glaubt ja gar nicht mehr an Liberalismus und Individualismus, obgleich sie immer so freigiebig mit diesen Worten ist. Die Lebensanschauungen zeigen, besonders seit Kriegsende, gar zu deutlich, daß es mit diesen Auffassungen und Grundätzen nicht mehr weitergeht.

## Die Weltwirtschaftskrise in Deutschland

Die schwere Krise, in der sich heute die deutsche Wirtschaft befindet, wird von der politischen und sozialen Reaktion als willkommener Anlaß zur Hege gegen das herrschende politische und soziale System benutzt. Von den Unternehmern wird die Krise als ein Beweis für ihre immer wieder aufgestellte Behauptung angesehen, daß die deutsche Wirtschaft unter der Last der Steuern und sozialen Aufwendungen zusammenbrechen müsse. Die Ueberspannung des sozialen Prinzips, der in Deutschland herrschende (!) Sozialismus treibe die Wirtschaft unaufhaltsam in die Katastrophe, und die Verschlechterung der Wirtschaftslage seit zwei Jahren sei der Anfang vom Ende der deutschen Wirtschaftslage, wenn nicht eine radikale Abkehr vom Sozialismus einsetze. Und von nationalsozialistischer Seite wird wieder alles Unheil aus der Annahme des Young-Plans abgeleitet und zum nationalen Befreiungskampf aufgerufen. Gegenüber diesen Einseitigkeiten und Verzerrungen der wahren Sachlage muß immer wieder auf den weltwirtschaftlichen Charakter der Krise hingewiesen werden.

Es ist zwar durchaus möglich, daß eine Weltwirtschaftskrise von einem einzelnen Land ihren Ausgangspunkt nimmt. So hat z. B. die schwere Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 ihren Ausgang von Japan genommen. Aber wenn das Ausgangsland der Krise nicht so überragende Bedeutung für das Ganze der Weltwirtschaft besitzt, wie etwa die Vereinigten Staaten, so ist eine derartige Fortpflanzung einer einzelstaatlichen Wirtschaftskrise auf die ganze Weltwirtschaft nur denkbar, wenn der Keim der Krise in den anderen Ländern schon gelegt ist, so daß auch ein leiser Anstoß genügt, um die Krise in allen Ländern zum Ausbruch kommen zu lassen. Wie stand es aber mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise? Ging wirklich der Drud auf die ganze Weltwirtschaft von Deutschland aus, und war es dieser Drud, der die Weltwirtschaftskrise entsetzte? Man wird zwar darauf hinweisen können, daß sich in der deutschen Wirtschaft schon früher Depressionserscheinungen bemerkbar machten als in den meisten anderen Weltwirtschaftsländern. In Deutschland zeigten sich die ersten Spuren des Konjunkturrückgangs bereits im Jahre 1928, als die Wirtschaft der anderen Industrieländer noch in voller Blüte stand. Aber diese innerdeutschen Depressionserscheinungen übten keinen lähmenden Einfluß auf die Weltwirtschaft aus.

Zwei andere Krisenursachen haben sich bedeutend stärker fühlbar gemacht als die deutsche Krise: der Sturz der Rohstoffpreise und der Börsenkrach in den Vereinigten Staaten. Der Rückgang der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt läßt sich seit dem letzten Viertel des Jahres 1928 beobachten. Dieser Preisverfall auf der ganzen Linie der Rohstoffproduktion der Welt läßt gar keinen Zweifel daran, daß die Weltwirtschaftskrise ihren Ausgangspunkt von den Rohstoffgebieten genommen hat. Aber gerade der Zeitpunkt, von dem die Wende in den Rohstoffpreisen datiert, zeigte Deutschland noch ziemlich widerstandsfähig. Die Nachfrage Deutschlands nach Rohstoffen war noch kaum zurückgegangen und dieser minimale Rückgang wurde mehr als aufgewogen durch den weiteren Konjunkturaufschwung in anderen weltwirtschaftlich wichtigen Ländern, wie in den Vereinigten Staaten und Frankreich. Der Außenhandel der wichtigsten Länder, auf die 90 Prozent des Weltaußenhandels entfallen, ist im Jahre 1928 noch auf 247 Milliarden Mark gegenüber 241 Milliarden Mark im Jahre 1927 gestiegen.

Der unaufhörliche Rückgang der Rohstoffpreise während des ganzen Jahres 1929 ließ es nicht mehr zweifelhaft erscheinen, daß die Weltkonjunktur sich einem Wendepunkt näherte. Der eigentliche Ausbruch der Krise aber ging von den Vereinigten Staaten aus. Dort standen die ersten 9 Monate des Jahres 1929 noch im Zeichen des Booms (stetigsteigender Aufschwung), eines angesichts des Verfalls der Rohstoffpreise schon sehr unnatürlichen Booms, der einen ausgesprochen börsenspekulativen Charakter trug. Die Börsen der Vereinigten Staaten zogen ungeheure Kapitalien nicht bloß aus dem eigenen Land an sich. Auf diese Weise wurden die Zinssätze nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in der ganzen Welt in die Höhe getrieben — mit dem Ergebnis, das in solchen Fällen immer eintritt und schon von Marx in seinem „Kapital“ beschrieben wurde: Die Spekulation steigerte sich so lange, bis sie sich überschlug, bis die wachsende Kapitalknappheit und das Mißverhältnis in der Wirtschaft (Preissteigerungen zwischen Rohstoffen und Industriewaren als Anzeichen des Auseinanderlaffens zwischen Rohstoffproduktion und Rohstoffverarbeitung) den Konjunkturaufschwung erzwingt. Mit dem Zusammenbruch der achtjährigen Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten war das Signal für die Wende der Weltkonjunktur gegeben.

Nun stellt der Begriff Weltwirtschaft an sich noch immer eine Verallgemeinerung dar. Es sind zwar alle einzelnen auf kapitalistischer Basis arbeitenden Volkswirtschaftskörper miteinander, also weltwirtschaftlich, verflochten, aber sie leben doch alle noch in sehr starkes Eigenleben, sie stehen alle unter besonderen historischen, sozialen und staatlichen Bedingungen. Ihre weltwirtschaftliche Verflechtung hat zur Folge, daß die großen Wellenbewegungen der kapitalistischen Wirtschaft, die Konjunkturaufschwünge, sich gewöhnlich mehr oder weniger über die ganze Weltwirtschaft erstrecken, d. h. in allen Ländern spürbar werden. Aber die nationale Besonderheit jeder einzelnen Volkswirtschaft hat zur Folge,

und das ist das traurigste: die ehemaligen Vertreter der liberalen Wirtschaftsauffassung sind bis jetzt nicht imstande gewesen, an die Stelle des Verfallenden etwas Neues zu setzen. Sie wissen nur, daß Verdienen, Gewinnen, Geldhäufemachen, Profite einstreichen auf Kosten anderer Inhalt und Ziel ihres Wollens und Tuns ist. Sie wissen kaum etwas anderes. Es herrscht überall eine große geistige Oede. Ausnahmen bestätigen die Regel. Aber trotz des inneren Zwiespalts und der großen Zielunsicherheit redet man fortwährend von sozialem Verstehen, von wissenschaftlichem Erkennen, von Gemeinamteitsgefühl, von Staats Sinn, von Schicksalsgemeinschaft und nicht zum wenigsten von Kultur. Die Arbeiterschaft weiß, was davon zu halten ist. Sie braucht nicht noch besondere Wertszeitungen, die die Richtigkeit ihrer Einschätzung des kapitalistischen Systems und seiner ersten Vertreter bestätigen. Der heutige Unternehmer kann ja auch gar nicht viel anders sein, als er durchweg ist; das kapitalistische System formt ihn, und formt ihn nicht gerade schön. Das Sittliche, Kulturelle kommt in diesem System fast stets zu kurz.

Ein Satz sei noch aus dem Arbeitgeberaufsatz angeführt: „Die Wertszeitung soll und darf ihren Lesern nie Ersatz für ihre politische Tageszeitung sein.“ Ist das nun Duldandeit oder Preisinnigkeit? Nun, Leser von Wertszeitungen werden schon stets politische Zeitungen oder auch „unabhängige“, „parteilose“ Zeitungen lesen, die nichts bringen, was dem Unternehmertum und Kapitalismus gefährlich werden kann. Im Gegenteil, diese Zeitungen werden stets, halb mehr oder weniger gewollt, bald auch vielleicht ungewollt, sich in den Dienst des kapitalistischen Gedankens stellen. Sie sind ja alle selbst in erster Linie ausgesprochene geschäftliche Unternehmungen, die vor allem verdienen wollen und nicht zum wenigsten durch Anzeigen verdienen wollen. Die wirtschaftlich Abhängigen aber verlangen die Presse nicht mit Anzeigen. Deshalb mußte noch dieser Satz aus dem wertszeitlichen, aber im ganzen recht gedankelarmen Aufsatz der Arbeitgeberzeitung herausgegriffen werden, weil es so bitter notwendig ist, der Presse unflarer Einstellung gegenüber vorzichtig zu werden. Es wird da sehr viel mit oft verblüffender Geschicklichkeit über die Dinge hinweggeredet, das Wichtige wird wörtlich verhüllt und das Nebenwichtige ebenso wörtlich vorgebracht. Die allergrößte Vorsicht ist aber den Wertszeitungen gegenüber geboten.

A. J. S.

daß jede weltwirtschaftliche Konjunkturercheinung in jedem einzelnen Land mit ganz verschiedener Stärke auftritt.

So steht es auch mit der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise. Irgendwie bemerkbar ist sie wohl in allen Ländern, Rußland z. B., das mit der kapitalistischen Welt nur ganz lose verbunden ist, macht seine eigenen Bewegungen durch, die augenblicklich dort besonders schmerzhaft sind, aber nicht den Charakter einer akuten Krise tragen. Es gibt Länder, die aus besonderen zufälligen Gründen von der Krise nur sehr wenig verippen. Zu ihnen gehört in erster Linie Frankreich, in dem sich erst jetzt allmählich Anzeichen einer Verschlechterung der Wirtschaftslage ankündigen. Und es gibt auf der anderen Seite Länder, die schwerer als alle anderen unter der Krise leiden. Zu ihnen gehören neben den Vereinigten Staaten selbst, in denen erfahrungsgemäß jede Krise mit ungeheurer Gewalt auftritt, England, Deutschland, Österreich, die Tschechoslowakei usw. Auf England drückt die Krise deshalb so stark, weil es von den weltwirtschaftlichen Verschiebungen nach dem Krieg schon vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise schwer betroffen war und einige wichtige Industriezweige dahinsinken sah. Deutschland aber steht wohl unter den eigenartigsten Bedingungen, die seine Wirtschaftslage weit mehr verschärfen, als es bei seiner wirtschaftlichen Struktur an sich zu erwarten wäre.

In der wirtschaftlichen Struktur Deutschlands liegt ein Moment, das, wenn es sich isoliert auswirken könnte, augenblicklich sehr günstig zu bewerten wäre. Deutschland und einige Nachbarländer leiden unter dem Verfall der Rohstoffpreise im wesentlichen nur so weit, als ihre Landwirtschaft davon betroffen wird. Aber selbst innerhalb der Landwirtschaft sind es bekanntlich nur gewisse Teile, die von der Rohstoffpreise unmittelbar betroffen werden, und im übrigen überwiegt in Deutschland weit mehr als in den meisten anderen Ländern die industrielle Verarbeitungs-wirtschaft. Als überwiegender Verarbeiter mußte Deutschland eigentlich von dem Auseinanderlaffen zwischen Rohstoff- und Fertigwarenpreisen profitieren. Einen gewissen Ausbruch findet dieser augenblickliche Vorprung Deutschlands vor den meisten anderen Ländern darin, daß sich seine Außenhandelsverhältnisse viel besser entwickelt haben, vor allem seine Ausfuhr viel besser der Krise Widerstand leistet als in den anderen Ländern.

Aber dieser eine Vorteil genügt nicht, um eine Verschärfung der Wirtschaftskrise abzuwehren. Es sind zwei Faktoren, die von außen her wirken, und einer, der von innen her wirkt. Die von außen her wirkenden Faktoren sind die Reparationen und die Abhängigkeit Deutschlands von der Kapitaleinfuhr, der von innen her wirkende Faktor die politische Unsicherheit.

Die Reparationen stellen eine Vorbelastung der deutschen Wirtschaft dar, die sich wie jeder starke Kostenfaktor in der Krise viel stärker fühlbar macht als in der Hochkonjunktur. Es ist deshalb begreiflich, daß der Unmut über die Reparationen heute in Deutschland viel weiter verbreitet ist als in der Hochkonjunkturperiode. Die Abhängigkeit Deutschlands vom Zutrom ausländischen Kapitals hat zur Folge, daß die Empfindlichkeit der deutschen Wirtschaft für die Konjunkturbewegungen der Weltwirtschaft gewachsen ist. Vom Jahre 1929 an hat sich diese Abhängigkeit aus verschiedenen Gründen besonders ungünstig bemerkbar gemacht. Im Jahre 1929 wurde der Rückgang der Konjunktur in Deutschland dadurch beschleunigt, daß infolge des amerikanischen Booms die Versorgung Deutschlands mit ausländischem Kapital litt. Dazu kam schon damals die beginnende politische Unsicherheit, die das Ausland zur Vorsicht bei der Kapitalanlage in Deutschland mahnte. Heute steht dem Zutrom von Auslandskapital die politische Krise entgegen.

Und damit kommen wir zu dem entscheidenden Krisenfaktor in Deutschland: der politischen Krise, die sich schon seit vielen Monaten verschärfte und mit der Reichstagswahl ihren vorläufigen Höhepunkt erreichte. Sie ist es, die dem ausländischen Kapital den Weg nach Deutschland versperrt, sie ist es, die die Kapitalbasis der deutschen Wirtschaft durch die Kapitalflucht noch weiter verengt, sie ist es, die — im Verein mit dem immer wieder hervor-gelachten Zweifels pessimismus der Unternehmer, mit dem sie ihren Kampf gegen die Löhne und Sozialausgaben führen — die Unternehmungskraft immer wieder niederbrückt.

Die Konsequenzen, die aus diesen Erkenntnissen zu ziehen sind, ergeben sich von selbst. Es ist nicht richtig, daß die Reparationen allein an der Krise in Deutschland die Schuld tragen, obwohl sie heute brüderlich empfunden werden als je und ihre Erleichterung dringender ist als je. Es ist nicht richtig, daß die Steuern und Sozialausgaben die deutsche Wirtschaftskrise verschuldet haben. Die Krise ist vielmehr eine ausgesprochene Weltwirtschaftskrise, deren tiefere Ursachen außerhalb Deutschlands liegen, und sie kann daher nur im Weltmaßstab überwunden werden. Die besondere Verschärfung aber, die die Wirtschaftskrise in Deutschland gefunden hat, kann nur rückgängig gemacht, der erste große Schritt zur Überwindung der Krise kann nur getan werden, wenn der Anform des Faschismus in Deutschland abgesehen, der Angriff der sozialen Reaktion auf die Lebenshaltung der arbeitenden Bevölkerung zurückgewiesen und damit die schwere politische Vertrauenskrise überwunden wird.



Sung sein, heißt: Mit starken Händen fest das schwerste Schicksal packen  
Sung sein, heißt: Die Welt zu heben aus den Angeln, wenn sie rosten

# Der Jugend

Fülle die Jugend mit würdigem Stoff, und in froher Begeisterung  
lehre sie glänzen. Die Kritik kommt mit den Jahren von selbst.

## Die Menschheit beginnt

9. November

Wir erleben einen großen Umwandlungsprozeß des Menschengeflechts, und nur wenn wir diese Zeit als geschichtlichen Uebergang erkennen, finden wir uns in dieser Zeit zurecht.

Wir Menschen betrachten jedoch, aus den Nöten heraus, zu sehr das Augenblicksgeschehen. Wir sind gezwungen, uns durch die Zeit zu kämpfen, von Tag zu Tag, und da verlieren wir leicht den Blick für das Große und verlieren es, den Augenblick anzusehen als den Augenblick einer revolutionären Zeit und unser Leben als den Ausdruck des revolutionären Jahrhunderts. Revolution ist nicht das politische Geschehen eines Tags. Es war ein großer Tag, der 9. November. Mit ihm begann die politische Freiheit des Volks. Doch dürfen wir dabei nie vergessen, daß auch der 9. November nur ein Tag im großen revolutionären Geschehen der Zeit ist.

Auf ungefähr 300 000 Jahre schätzt die Wissenschaft das Alter der Menschheit. In diesen 300 000 Jahren wurde der Tiermensch zum Menschen, er fand das Werkzeug, mit dem er die Arbeit und die Kultur erschuf, wurde das Zusammenleben, wurde schließlich auch das, was wir Weltgeschichte nennen. Und dann, nachdem die Menschheit 300 000 Jahre gewesen, da beginnt im Menschen und durch den Menschen der Triumph des Geistes. Jetzt wird der Mensch groß. Jetzt wird er Mensch, geistiges Wesen, Herrscher über den Stoff, Ueberwinder der Grenzen.

300 000 Jahre ist der Mensch alt, aber erst seit 300 Jahren weiß der Mensch, daß nicht die Erde der Mittelpunkt des Weltsystems ist. 300 000 Jahre ist die Menschheit alt, aber erst seit 30 Jahren beginnt sie, die Zusammenhänge im kosmischen Geschehen zu begreifen. Und wenn 300 000 Jahre hindurch die Welt dem Menschen nur Stoff gewesen, Ware, Material: jetzt wird's anders. Die Physik hat den Stoff in Bewegung aufgelöst. Die Chemie hat das Atom zersprengt und im kleinen „Unteilbaren“ eine neue Harmonie der Zonen gefunden. Die Mathematik hat mit der Relativitätstheorie das Weltall revolutioniert, und wir ahnen kaum, wie sich das ganze Weltbild einmal neu gestaltet. Selbst das Geiste, das man zu haben glaubte, wurde erschüttert. Das Unbewußte wurde „erkannt“ und das Bewußte ist der Wissenschaft nur noch ein Stück eines großen Auschnitts menschlicher Gesamtgeistigkeit, deren Erforschung wir begonnen haben. Und das alles jetzt. Alles in diesen Jahren. Nachdem 300 000 Jahre über die Menschheit hingegangen sind.

Noch nie hat die Menschheit solch eine kulturgeschichtliche Stunde erlebt wie diese. Der Mensch erkennt sich. Er wird sich seiner selbst bewußt. Und aus solch neuer geistiger Erkenntnis von Menschengröße heraus allein verstehen wir auch das soziale Geschehen dieser Zeit. Es ist nichts als das gleiche Erkennen des Menschen, aus dem Sozialen. Der Mensch erwacht, und er sucht durch soziale Formung des Lebens den Boden seiner Freiheit.

Wer diese Stunde der Geschichte als das erfährt, was sie ist, der steht in Ehrfurcht vor dieser Zeit. Der steht über der Zeit. Der drängt die Zeit, weil er sie in ihrer epischen Bedeutung erlebt, und der versteht dennoch, zu warten, da sich Epochen nicht von heute auf morgen vollenden.

„Die Vorgeschichte der Menschheit geht zu Ende, und die Zeit der Menschheit beginnt.“ Das Wort von Karl Marx hat eine noch größere Kulturbedeutung und einen noch tieferen Sinn, als er zu der Zeit möglich war, da das Wort gesprochen.

Dr. Gustav Hoffmann.

## Sozialistische Arbeiterjugend und Gewerkschaftsjugend

Bis in die neuere Zeit war die Sozialistische Arbeiterjugend (S.A.J.) die einzige ausgesprochene Organisation der proletarischen Jugend. Als erster und entscheidender Punkt ihres Programms galt und gilt das Erziehungsprinzip, das nichts anderes bedeutet, als junge Menschen für den Klassenkampf vorzubereiten. Die Aufgabe dieser Organisation besteht im wesentlichen darin, das Denken anzuregen, zu fördern und es in eine ganz bestimmte Richtung, eben die sozialistische, zu drängen. Die jungen Arbeiter sollen die gutgeschulten, würdigen Nachfolger der erwachsenen Arbeiter und ihrer großen Organisation sein. Bei gewissen Anlässen wirkt die Jugend sogar aktiv mit (z. B. bei Wahlkämpfen). Bei alledem aber steht die S.A.J. in der Einflusssphäre der politischen Vertretung der Arbeiterklasse, der Partei (S.P.). Das Schwergewicht liegt demnach in der politischen Linie. Das schließt nicht aus, daß gerade aus der S.A.J. die besten, zuverlässigsten jüngeren Gewerkschafter kommen. Trotzdem entfalten nun die Gewerkschaften als die wirtschaftlichen Organisationen seit einiger Zeit eine ununterbrochene Agitation um die Gewinnung der Jugend. Das ist nicht nur gut, sondern notwendig. Als Antwort auf die Frage: „Warum gewerkschaftliche Jugendarbeit?“ diene die Erläuterung folgender Punkte:

1. Das eigene Lebensinteresse zwingt die Gewerkschaften, sich den Zustand der jüngeren Kräfte zu sichern, damit ihre riesige Pionierarbeit nicht unterbrochen, sondern gefördert und gesichert wird. Ist es schon eine materialistisch-marxistische Erkenntnis, daß die Wirtschaft den Grund bildet, daß in ihr der Fortschritt der menschlichen Gesellschaft begründet liegt, so muß der logische Schluß lauten, daß die wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeiter aufs beste ausgebaut und bis aufs letzte gegen die feindlichen Anstürme gehalten werden müssen. Gelingt die von der Gegenseite sehnlichst gewünschte Zerstörung der Gewerkschaften, so hat die Reaktion nicht bloß freien Lauf in der Wirtschaft, sondern auch im Ueberbau der Wirtschaft, in der Politik, Kultur usw. Allein dieser eine Grund rechtfertigt die intensive Werbung um die Jugend.

2. Die Gewerkschaften haben seit jeher großen Wert auf gute Berufsausbildung gelegt. Deutsche Qualitätsarbeit und -arbeiter sind daher in aller Welt rühmlichst bekannt. Gewerkschaftliche Jugendarbeit liegt daher auch im Interesse der deutschen Wirtschaft, von der man nicht zuletzt wegen ihres Stammes von Facharbeitern sagt, daß sie die „Welt der Welt“ sei.

3. Infolge der völlig veränderten Produktionsmethoden hat nunmehr der ältere Arbeiter ein ungleich größeres Interesse als früher an der gewerkschaftlichen Erfassung der jugendlichen Arbeiter. Während früher die Jungen in ihrer Mehrzahl als rechtlose Lehrlinge in Erscheinung traten, sind sie heute durch den Siegeslauf der Maschine überwiegend sog. ungelernete Arbeiter. Sie sind damit schon mit 15, 16, 17 Jahren konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, zumal ihnen das ungeheuerlich gesteigerte Arbeitstempo und die mechanische Arbeit höhere Erwerbschancen als dem älteren Arbeiter gibt. Noch scharfer tritt diese Tatsache bei einem etwaigen Arbeitskampf hervor. Ein Lehrling darf weder streiken noch ausgeperrt werden. Für den ungelerten Arbeiter besteht diese Bestimmung nicht. Bei der vorstehend kurz skizzierten Verschiebung des Produktionsverhältnisses ist es für die älteren Arbeiter ungemein wichtig, daß der an keine familiäre Verpflichtung gebundene junge Arbeiter nicht als Streikbrecher, sondern zur Solidarität und Disziplin erzogen wird.

4. Der Unternehmer kennt natürlich auch die Wandlung vom patriarchalischen Handwerk zum modernen Lohnarbeiter. Er zeigt daher die Tendenz, Junge und Alte gegeneinander auszuspielen, auf daß der geliebte Profit weiterhin ungehindert und ungehindert in seine Taschen fliehe. Am billigsten ist der Arbeiter, wenn er am jüngsten ist. Also ran mit der Ausbeutung! Vergessen wir nicht, daß in die Zeit der erhöhten Ausbeutung gerade die körperliche und geistige Entwicklung des Menschen fällt. In diese Situation paßt die dem Unternehmer häufig in die Ohren klingende gewerkschaftliche Forderung: „Mindestens 3 Wochen bezahlten Urlaub“ gut hinein. Dabei ist diese zu verlangte Forderung nur ein Teil des freigewerkschaftlichen Jugendbildungsprogramms. Die nicht weniger bekannte Forderung „Gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit“

bringt die Gewerkschaften in den größten Gegensatz zu den Unternehmern, denen ja an der Verewigung der sozialen Ungerechtigkeiten sehr gelegen ist. Gewerkschaftliche Jugendarbeit liegt also auch im Interesse der Jugendlichen selbst. Wir können unsere Arbeitskraft in den besten unserer Lebensjahre nur dann am wohlfeilsten verkaufen, wenn wir uns den Gewerkschaften bzw. deren Jugendabteilungen anschließen. Seien wir uns darüber im klaren, daß nicht der einzelne seine Lebensbedingungen bessern kann, sondern nur geschlossen und in Gemeinschaft mit den älteren Klassengenossen, die hoffentlich auch restlos einsehen, daß heute die Jugend das Rückgrat der Älteren mit stärkt.

Nun noch ein kurzes Wort zum Verhältnis zwischen S.A.J. und Gewerkschaftsjugend. In größeren Orten, wo beide Organisationen Raum für ihre Betätigung finden, darf es unter keinen Umständen zu kleinlichen Konkurrenzkämpfen (wie es ungefähr bei der Entstehung der Gewerkschaften zwischen ihnen und der Partei der Fall war) kommen. Nur ein gutes, reibungsloses Zusammenarbeiten sichert beiden den verdienten Erfolg. Das vereinte Marschieren muß gefördert werden, sei es durch proletarische Jugendpartei, sei es durch gemeinsame Jugendtage (Crimmitschau). Durch kleinlichen Kampf entsteht Kraftvergeudung, die sich dann im eigentlichen Kampf zwischen Kapital und Arbeit bitter rächt. Gemeinsames Wollen und gemeinsamer Weg wird uns zum gemeinsamen Sieg führen.

E. M.

## Arbeit und Schule

In Braunschweig, wo wir neben Hamburg die fortschrittlichste Schulverwaltung in Deutschland haben, beschäftigt man sich mit einer völligen Neugestaltung des Volksschulwesens. Hier sind entschiedene Schulreformer tätig, und die Reformen, die man da zu schaffen gedenkt, geschehen im Einverständnis mit der Volksschullehrerschaft.

Eine der wesentlichen Veränderungen, die man zugleich mit der Neugestaltung der Volksschule plant, ist die Verlängerung der Schulzeit. Ein Gedanke, der auch in der Gewerkschaftsbewegung zur Diskussion gestanden hat. Allerdings plant man in Braunschweig eine Verlängerung der Schulzeit um 2 Jahre. Das bedeutet natürlich mit der einschneidenden Bedeutung für die öffentlichen Mittel auch eine starke Belastung vieler wirtschaftlich schwacher Familien, und darum ist man sich in Braunschweig auch der Notwendigkeit der Unentgeltlichkeit der Lehr- und Unterrichtsmittel, der Schulgeldfreiheit und des Ausbaus der Erziehungsbeihilfen bewußt.

Was eine Verlängerung der Schulzeit für das Wirtschaftsleben bedeutet, zeigt eine Zahl, die man für das Jahr 1928 errechnet hat. Danach hält nur ein Schuljahr mehr, ein neuntes Schuljahr, dem Arbeitsmarkte 1317309 vierzehnjährige fern, worin die Verbindung solcher Reform mit dem Arbeitslosenproblem klar zum Ausdruck kommt.

Bedeutungsvoll ist aber bei einer Verlängerung der Schulzeit auch die Frage der geistigen Reife der Jugend, über die man auf Grund neuer Untersuchungen vielfach andere Auffassungen als früher hat. Besonders lehrreich sind in der Beziehung Erhebungen, die man an Tausenden von Schülern und Berufsschülern in Leipzig machte. Nach den Angaben, die Ch. Bühler vom Psychologischen Institut in Wien in der „Erziehung“ hierüber macht, ist der Zeitpunkt, in dem die Jugendlichen am besten fähig sind, an Beruf und Arbeit heranzutreten, das 16. Lebensjahr. Während alle Äußerungen der 12- bis 15jährigen, so heißt es da, eine unzulängliche Einstellung zum Berufe zeigen, ist die Stellungnahme der 16jährigen lebensnah und verantwortungsbewußt. Demnach ist die Heraushebung des Schulalters ein Problem, das unsere starke Aufmerksamkeit verdient.

Dieses kritische Alter der 15- und 16jährigen hat aber auch eine große Bedeutung für die, die noch weiter zur Schule gehen. Man hat bei jungen Menschen von 17 bis 20 Jahren, die noch den theoretischen Unterricht einer Schule besuchen, festgestellt, daß bei ihnen dieser Sinn für das Lebensnache gelitten hat und das Verantwortungsbewußtsein gegenüber dem Leben zu verflümmern begann. Das Alter von 15 und 16 Jahren scheint demnach das Alter zu sein, das zu praktischer Beschäftigung mit dem Leben zwingt. „Die praktische Energie“ kann dann nur in der Vorbereitung auf das Leben gestärkt werden. Das zeigt, daß unser ganzes Schulwesen einer Umgestaltung bedarf. Es geht nicht ohne das Praktische, das Schaffen, einen Wertunterricht, in dem sich auch das Theoretische der Schule zu erproben und zu bewähren hat.

Aus diesem Verflümmern des Sinnes für das Lebensnache durch die Schule in diesen wichtigen Jahren kommt es vielleicht, daß die Intellektuellen so wenig Verständnis haben für die praktisch-sozialen Notwendigkeiten und die Aufgaben einer wirtschaftlich-sozialen Gestaltung. Die Schule muß von Grund auf eingestellt auf das Leben sein, daß die Menschen beruflich wie auch als soziale Glieder des Volkes ihre Aufgabe erfüllen können.

Darum hat die Gewerkschaftsbewegung das größte Interesse an einer modernen, psychologisch und wirtschaftlich richtigen Gestaltung unserer Schule, deren Reformbestrebungen mit der sittlichen Erziehung auch dem Arbeitsgedanken zu dienen haben, da er der praktische Kernpunkt des Zusammenlebens ist.

## Gute Bücher

Gustav Hennig, „Erzählkinder“, Aufzuges und Erntes für einfache Stunden und für geistliche Kreise. Thüringer Verlagsanstalt und Druckerei G. m. b. H., Jena. 2. Auflage. Erstmals illustriert auf bestem, holzfreiem Papier. Kartoniert. 88 Seiten. 1,20 Mark.

In so kurzer Zeit eine 2. Auflage, allein schon das spricht für den Wert und die Güte der „Erzählkinder“. Zu jeder Zeit besteht das Bedürfnis, einmal herzuerschauen, was die besten Erzählkinder zu lesen, Wunderbares zu genießen und sich an geistreichen Anbeten zu erfreuen. Lange Zeit gab es kaum eine Zusammenstellung geeigneter Literatur, so daß dieser Mangel oft unangenehm fühlbar war. Hennig's Erzählkinder füllt jetzt diese Lücke mit aus. Keiner ist auch so berufen und jagend wie er, der jahrzehntlang schon als vorzüglicher Erzähler und ausgesuchter Gestalter hundert Wunden weit über Deutschlands Grenzen bekannt ist. Aus der Fülle seines Materials und den Erfahrungen seiner Praxis hat er das Bändchen zusammengestellt. Seine „Erzählkinder“ bringen hochdeutsche und mundartliche Dichtungen und Kurzgeschichten von Angenbrun, Bollen, de Coker, Holtz, G. Keller, Leuthold, Wölkel, Reuter, Rölleger, Sommer, Stölke und anderen. Außerdem eine Blütenlese origineller Schwänze und Schürzen. Alles Dinge, die sich für's Vorlesen bestens eignen. Wirklich ein recht humorvolles Buch.

Kinderland 1931. Alljährlich kommen eine Anzahl von Kalendern für Kinder und Erwachsene auf den Büchermarkt. Unter den Jahrbüchern für Kinder nimmt „Kinderland“ einen besonderen Platz ein. Der Herausgeber ist die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Deutschlands. Dieser Name hat Klang und ist bürgerschaft. Das wird wieder im eben erschienenen „Kinderland 1931“ bestätigt. Kinder und ihre Freunde haben sich bemüht, ein feines Buch für die Arbeiterkinderwelt zu schaffen. Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis beweist das: Reiter der Erde; Was Schulkinder in Frankreich machen; In einer Schule im Polargebiet; Palästina's jüngste Republikaner; Arabische Kinder; Friedensbotschaft der Kinder von Wales; Ein Gruß aus Polen und andere Beiträge aus verschiedenen Ländern vermitteln Bekanntschaft mit den Kindern dort und helfen die Völkerverständigung vorwärts bringen. Arbeiter im Felsen; Sozialismus heute; Der Weihnachtsbaum; Das Leben der Arbeiterklasse. Das Kalenderbuch mit hübschen Bildern und 10 Bildern mit kurzer Inhaltsangabe von guten Filmen, eine Seite Rätsel und Räthsel und ähnliche Winke sind jeder willkommen. Fröhlichkeit und Uebermut kommen nicht zu kurz. Wer es also mit den Kindern gut meint, für den gilt die Parole der Herausgeber: Kinderland in jede Kinderhand.

„Jugendliederbuch“. 9. Auflage. 451 bis 500 Lieder. Zusammengekauft von Aug. Wöhrd. Preis kartoniert 65 Pfg., in Ganzleinen 1,10 Mark. Arbeiterjugendverlag, Berlin S.W. 61, Belle-Alliance-Platz 8. Die neue Ausgabe ist ungekürzt und erweitert worden. Die Anzahl der Lieder liegt auf 300. Besonders erweitert wurde die Gruppe der Arbeiter- und Freiheitsslieder. Alle brauchbaren Texte fanden hier Aufnahme. Erweitert wurde ferner das Liederbuch noch um die Abteilungen: „Turner- und Bürgerschaftslieder“, „Blattlieder“, „Kantons“, neben den gut ausgewählten Gruppen „Wander- und Marschlieder“, „Für Heim und Reich“, „Liebeslieder“, „Schmerzen und Wehklagen“ und „Abendlieder“. Das Buch wurde ferner mit Scherenschnitten von G. Hempel geschmückt und die Aufmachung erheblich verbessert. So dürfte sich die Jubiläumsausgabe des „Jugend-Liederbuches“, das nunmehr bereits im 500. Tausend erscheint, viele neue Freunde erwerben. Es ist durch alle Buchhandlungen zu beziehen.

## Herkunft und Schulbildung der Lehrlinge

Eine private Stelle hat eine Umfrage bei zahlreichen Berufsschulen des Deutschen Reiches über den Beruf der Väter und die Schulbildung der Lehrlinge veranstaltet. Das Ergebnis ist auch für uns beachtenswert, weil es einen Einblick in die Herkunft der Lehrlinge gewährt und den Gegenbeweis für die höhere Schulbildung der Lehrlinge gibt. Die Forderung nach „besserer Schulbildung“ erscheint danach als wenig stichhaltig und von den Tatsachen nicht anerkannt. Stammt doch der größte Teil der Lehrlinge aus Handwerker- und Arbeiterkreisen, wo oft ohne das Geld auch die Überzeugung fehlt, daß das Können im Handwerk allein von der höheren Schulbildung abhängt. Den wahren Grund für diese Forderung hat leinerzeit ein Bremer Kaufmann angegeben, der erklärt hat, daß er deshalb keine Volksschüler zu Lehrlingen haben wolle, weil diese alle rot verseucht seien.

Auf die Umfrage geantwortet haben 15 Berufsschulen über 1436 Lehrlinge. Von diesen Lehrlingen waren die Väter bei 661 Lehrlingen Handwerker, bei 208 Arbeiter, bei 225 Landwirte, bei 135 Kaufmann, bei 116 Angestellte und bei 91 Beamte. Der Hauptteil des Nachwuchses stammt also aus Handwerkerkreisen. Da diese Erhebungen auch die ländlichen Bezirke berücksichtigt haben, ist auch der Anteil der Söhne von Landwirten außerordentlich hoch. Die Arbeiterkinder stehen an dritter Stelle, was wohl als Beweis dafür angesehen werden kann, daß hier der Geldmangel den Lehrtrieb der Jugendlichen stark eindämmt.

Über die Schulbildung der Lehrlinge wurde ermittelt, daß von 1706 Lehrlingen 1466 aus der Volksschule in die Lehre traten. Das sind 86 Prozent der Gesamtzahl. Von den restlichen 14 Prozent läßt sich wohl behaupten, daß sie die höhere Schule zunächst zum Zwecke des weiteren Studiums besucht haben, eine Abicht, die später aus finanziellen oder aus anderen Gründen aufgegeben wurde. Die Auffassung, daß zur Ausübung des Handwerks die höhere Schulbildung erforderlich ist, wird sicherlich nur spärlich vertreten sein. Selbst in Handwerkerkreisen, auch in dem der selbständigen Meister, dürfte hierüber die Meinung doch sehr geteilt sein. Wieso ein Handwerker in der Lage sein soll, sein Fach besser zu verstehen, wenn er die höhere Schule besucht hat, ist nicht erklärlich. Allenfalls läuft dies doch nur darauf hinaus, Abstufungen zu schaffen und den alten Klassengeist mit dem Dünkel der Halb- bildung zu verdrängen.

Gerade die Gewerkschaften sind berechtigt, in dieser Frage ein deutliches Wort zu sprechen. Selbstverständlich sollen die Jugendlichen eine bessere Schulbildung haben, wie wir sie in der Vorkriegszeit erhielten. Aber sie muß sich auf alle Jugendlichen erstrecken. Die Ausnahmen, bei denen der Geldmangel das letzte Wort spricht, führen zu einer Zerküftung, von der schließlich das Handwerk den größten Nachteil hat. Es liegt dem deutschen Spieglbürger im Blute, etwas Besonderes sein zu wollen. Das mag am Biertisch eine schöne Sache sein, taugt aber nichts im praktischen Leben. Den Lehrlingen ist mit einer guten Berufsschulung viel besser gedient.

E. N.

## Das Leben hat einen neuen sittlichen Sinn

Wir stehen im Gewerkschaftskampfe um die soziale Formung des Lebens zugleich in einem großen sittlichen Umwandlungsprozeß. Oft sind wir uns dieses Besonderen zwar nicht bewußt. Wir sind organisatorisch verbunden. Wir kennen das jeweilige wirtschaftliche Ziel des Verbandes. Wir kämpfen den Kampf um das Recht Schritt für Schritt. Ohne Illusionen. Ohne Sentimentalität. Klar und nüchtern. Doch wir kämpfen, und damit tragen wir in uns den Kerngedanken einer neuen Sittlichkeit.

Das Kampfprinzip unserer Bewegung ist es, das die alte sittliche Welt aus den Angeln hebt. Die alte Ethik war weichlich und gefügig. Sie nahm das Unrecht ohne Empörung hin. Sie ertrug den Diebstahl der Arbeitskraft ohne inneres Beben. Sie gab Almosen, wenn die Not groß gewesen, und bettelte um Gnade, wenn die Not nicht mehr zu ertragen war. Und das alles nannte man Liebe. Das knechtische Dulden war Liebe, und der Bettelpfennig wurde von Liebe gereicht, und der erbärmliche Aufblick des Dankes für Gnade sollte der Ausdruck der Liebe sein.

Klasse stand gegen Klasse. Macht gegen Recht. Freiheit gegen Unterdrückung. In härtester Weise wurde das Zusammenleben der Menschen zu einem Hohnbild wahrer Sittlichkeit. Es war Rohheit und Ausbeutung und Knechtung menschlicher Würde, aber aus diesem ewigen tiefen Bedürfnis des Menschen nach sittlichem Zusammenleben gab man dieser mißbildeten, klassenverfälschten Gesellschaft ein ethisches Mäntelchen. Und gedrückte Menschen nahmen die Worte hin. Sie ertrugen in verzerrtem menschlichen Fühlen die wirtschaftliche Unterdrückung, bis die Unterdrückung im vergangenen Jahrhundert dann stärker und stärker wurde, und eines Tages mit dem Aufbruch gegen die Ausbeutung die alte ethische Welt zusammenbrach.

Nein, einer Klasse zu dienen, ist nicht ethische Pflicht, und eine Ordnung der Herren und Knechte ist gegen menschlich-sittliche Würde. Und sie reichten sich an gegen diese Wirtschaft, die Menschen des Volkes. Sie empörten sich gegen diese Auffassung der Jahrhunderte. Sie verbanden sich zum Kampf gegen Unterdrückung und zum Kampf für Gleichheit und Recht. Und wenn sie dabei auch oft nichts erlebten als diesen Kampf, diese Empörung, dieses Machtgefühl solidarischer Größe, sie erlebten damit alle die heilige Flamme, aus der eine neue geläuterte Ethik erglöh.

Wir übernehmen nur Worte der alten Ethik, und erfüllen sie mit neuem Erlebnis und Gehalt. Und so bleibt auch die Liebe der Kern des ganzen sittlichen Fühlens der Menschen, doch dieses neue, starke, kämpferische Menschenliebe-Gefühl.

Liebe ist die revolutionäre Kraft aus der Tiefe. Liebe ist Wollen des Rechts. Liebe ist die überströmende Fülle eines überreichen Gefühls. Und solche Liebe will Tat. Sie muß sich entfalten. Sie hat das Bedürfnis nach Kampf. Nur Kampf zur Formung für des Lebens Freiheit ist ihr das Glied.

So wächst der neue Mensch heraus aus diesem vom Gegner oft als unethisch und materiell verurteilten freigewerkschaftlichen Kampfe. Der Mensch, der die Gnade zum Recht macht, das Dienen zur Gleichheit und das Schaffen zum sittlichen Kern des Gemeinschaftsglücks.

Dr. G. H.

## Sumor

Sächsisches, allzu Sächsisches

In einen Konditorladen in Leipzig kommt ein junger Mann. „Hab'n Se Leebfuchen?“ — „Jawoll.“ — „Hab'n Se auch solche mit Doffschrit?“ — „Jawoll.“ — „Hab'n Se oß enen mit Adolph?“ — „Nee.“ — „Kennen Se mer enen machen?“ — „Jawoll.“ — „Bis wann?“ — „Bis morgen.“ — „Nu, machen Se mer eenen.“ — „Nächster Tag.“ — „Nu, haben Se mer eenen gemacht?“ — „Jawoll.“ — „Bringen Se mer.“ — „Ja, aber da steht Adolph mit „f“, ich schreibe mich mit „ph“. — „Kennen Se mer eenen mit „ph“ machen?“ — „Jawoll.“ — „Bis wann?“ — „Bis morgen.“ — „Gut, ich komme morgen wieder.“

Dritter Tag: „Nu, haben Se mer den richtigen gemacht?“ — „Jawoll.“ (bringt ihn). — „Ei ja, der is richtig. Was kostet er?“ — „Gene Mark. Soll ich ihn einwickeln?“ — „Ach nee, ich esse ihn gleich.“